

# Working Paper Series

Arbeitspapiere und Dokumentationen  
des Forschungsschwerpunktes  
„Kommunikation, Medien und Politik“

Wortlaut der Fernsehdebatte zur Bundestagswahl  
am 22. September 2013

---

Jürgen Maier  
Michaela Maier  
Thorsten Faas  
Carolin Jansen



# Wortlaut der Fernsehdebatte zur Bundestagswahl am 22. September 2013

Jürgen Maier  
Michaela Maier  
Thorsten Faas  
Carolin Jansen

## Zur Fernsehdebatte

Am 1. September 2013 wurde die einzige Fernsehdebatte im Bundestagswahlkampf 2013 zwischen den beiden Bundeskanzlerkandidaten, Amtsinhaberin Angela Merkel (CDU) und Herausforderer Peer Steinbrück (SPD), ausgestrahlt. Die rund 90-minütige Diskussionssendung begann um 20:30 Uhr und wurde von den öffentlich-rechtlichen Sendern ARD, ZDF und Phoenix sowie den privaten Sendern RTL und ProSieben übertragen. Unter Ausschluss von Publikum befragten vier Moderatoren die beiden Kandidaten: Anne Will (ARD), Maybrit Illner (ZDF), Peter Kloeppel (RTL) und Stefan Raab (ProSieben).

## Vorbemerkung

Der Wortlaut der Debatte wird exakt dokumentiert. Die Aussagen der zwei Kandidaten sowie der Moderatoren werden in 30-Sekunden-Blöcke eingeteilt. Darüber hinaus werden folgende parasprachliche Besonderheiten der Redebeiträge erfasst:<sup>1</sup>

- (uv) unverständliche Rede
- ^ parasprachlicher Einschublaut (äh, öh, ömm usw.)
- kurze Pause
- längere Pause
- [ simultanes Sprechen
- „...“ nachprüfbares wörtliches Zitat
- „...“ sinngemäßes Zitat

---

<sup>1</sup> Die Erfassung der parasprachlichen Elemente erfolgt unter Anwendung der in Josef Klein (1990): Elefantenrunden „Drei Tage vor der Wahl“: Die ARD-ZDF-Gemeinschaftssendung 1972-1987, Baden-Baden, Teil II: Texte, S. I, entwickelten Systematik.

Transkript

Zeit	Merkel	Steinbrück	Moderatoren
00:00:00			<p>ILLNER:                      Es ist 20.30 Uhr, guten Abend zum TV-Duell vor der Bundestagswahl des Jahres 2013. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel trifft auf ihren Herausforderer Peer Steinbrück. Einen guten Abend auch Ihnen. Wir haben 90 Minuten Zeit und also wollen wir keine verschenken. Herr Steinbrück, Sie sagen, ‚dieses Land ist</p>
00:00:30		<p>Das stellt sich ja erst noch aus. Das wird sich ja erst entscheiden. Das entscheiden allein die Wählerinnen und Wähler.</p> <p>Und wir stellen uns beide vor. Mich bewegt die Vorstellung von einem Land, das in der Tat aus dem Stillstand heraus kommt. Mich bewegt die Vorstellung von einem Land, das wirtschaftlich stark ist, weil es sozial</p>	<p>so schlecht regiert wie nie. Nur Streit in einer Koalition wie dieser und nur Stillstand‘. Warum werden Sie eigentlich nicht von einer Welle der Empörung ins Kanzleramt geschwemmt? Warum sind Sie nicht der klare Favorit für diese Wahl?</p> <p>Mmh.</p>
00:01:00		<p>gerecht zugeht. Das mehr in seinen ökonomischen Wohlstand und in seine gesellschaftliche Zusammenarbeit investiert. Ich habe die Vorstellung von einem Land, in dem jeder von seiner Hände Arbeit leben kann. In dem das Normalarbeitsverhältnis, das unbefristete, das sozialversicherungspflichtig</p>	

	<p>e Beschäftigungsverhältnis auch der Normalfall ist. In dem man würdig altern kann. Mein Plan von diesem Land ist ein ^ gesellschaftlicher Zusammenhalt, der ein sehr starkes Fundament hat. Nämlich handlungsfähige Kommunen. Ist nicht gegeben! Unternehmende Unternehmen. Ein sehr chancengerechtes Bildungssystem, das haben wir nicht.</p>
00:01:30	<p>Eine Sozialpartnerschaft. Vor allem ja auch ein starkes, ehrenamtliches Engagement. Und auf diesem Fundament sollen die Menschen eigenverantwortlich ihre Lebensentwürfe schreiben können, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, ihrem Geschlecht, auch ihrer Hautfarbe und auch ihrer sexuellen Orientierung. Und dazu bedarf es einer Regierung, die geführt wird. Die nicht im Kreisverkehr fährt wie in den letzten vier Jahren: ohne Richtung, ohne Richtlinie. Die handelt! Und nicht sich von einem Gipfel zum anderen hangelt. Das würde ich gerne anders machen.</p>
00:02:00	<p>Mmh.</p> <p>Die Menschen haben heute die Möglichkeit, einen Test zu machen. Und meine Bitte ist: lassen Sie sich nicht einlullen! Frau Merkel wird Ihnen ein Land beschreiben, das auf gutem Wege ist, in dem vieles abgewartet wird und ausgesessen wird. Ich glaube das nicht. Sie wissen, dass man darüber in Zukunft nicht gewinnen kann. Und das, was ich von vielen Menschen gehört habe, während ich</p>

	<p>unterwegs gewesen bin, die wollen heute Abend, dass wir ihre Nöte, ihre Sorgen, ihre Fragen diskutieren. Dazu werde ich so präzise Antworten wie möglich geben und nicht nur heute Abend, sondern wenn ich das Vertrauen</p>
00:02:30	<p>bekomme, auch zukünftig als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.</p> <p>RAAB: Frau Merkel, seit dieser Woche ist der Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung ^ wieder online. Für die, die das nicht kennen, das ist so eine Art ^ Analyseinstrument, da kann man seine persönliche Meinung mit den Positionen der Parteien vergleichen. Wenn Sie den Wahl-O-Mat ehrlich ausfüllen, sind Sie sicher, dass da unten CDU herauskommt? Oder nicht etwa doch SPD?</p> <p>Ich glaube, dass da gut CDU rauskommen kann.</p>
00:03:00	<p>Jedenfalls habe ich Argumente dafür. Wenn wir einmal schauen, wie wir heute dastehen in Deutschland, dann ist das für viele, viele Menschen besser als dass vor vier Jahren der Fall war. Wir haben so viele Beschäftigte wie wir nie hatten. Und wir können heute, anders als vor einigen Jahren, jedem jungen Menschen auch eine einen Aussicht, Ausbildungsplatz in Aussicht stellen. Wir - ^ konnten --</p>
00:03:30	<p>unsere Haushalte konsolidieren und werden ab 2015 in einer Lager, in einer Lage sein, wo wir keine Schulden mehr machen, wir - können einfach den</p>

	<p>Menschen in diesem Land sagen, dass wir das schaffen können, dass es weiter aufwärts geht. Und die Arbeit ist natürlich nicht zu Ende. Natürlich gibt es viele Sorgen, viele Nöte, aber wir haben gezeigt, dass wir es können und das in einer schwierigen Zeit. In einer Zeit, in der wir die schwerste europäische Krise hatten und Deutschland steht stark dar. Deutschland ist Wachstumsmotor, Deutschland ist Stabilitätsanker</p>
00:04:00	<p>und diesen Kurs möchte ich fortsetzen und ^ ich glaube, dass das, was wir gezeigt haben, doch Menschen überzeugt.</p> <p>KLOEPPEL: Frau Bundeskanzlerin, Ihr jetziger Herausforderer und ehemaliger Finanzminister hat ja, sagen wir mal, schwere Wochen hinter sich: erst eine vermasselte Kandidatenkür, dann keine Unterstützung von der Partei, dann die massive Kritik an seinen Vortragshonoraren und dann auch noch der Kampf mit den Tränen bei einer SPD-Parteiveranstaltung. Tut er Ihnen eigentlich leid?</p> <p>Nein. Das hat auch Peer Steinbrück doch jetzt wirklich nicht nötig, dass er mir ^ leid tut. ^</p>
00:04:30	<p>Wir sind ^ Politiker, insofern sind wir ^ gewöhnt, dass wir durchaus mal kritisiert werden, dass wir durch harte Zeiten gehen. Das geht mir so, das geht anderen so. Also ich mache mir da gar keine Sorgen, sondern ich glaube, die Frage, die heute wirklich zur Debatte steht, ist doch: Wem können die</p>

	<p>Menschen mehr vertrauen, dass es mit Deutschland weiter gut geht,</p>
00:05:00	<p>dass ^ das, was ^ auch in internationalen Umfeld an Sorgen und Schwierigkeiten ist, von uns gut ^ bearbeitet wird, gelöst wird. Und da war eine unglaubliche, ^ ereignisreiche vier Jahre liegen jetzt liegen hinter uns und da kann ich nur sagen, wir haben das gut gemeistert, alles in allem und wir brauchen doch unser Land nicht schlecht zu reden, aber das heißt nicht, dass wir nicht weiter machen müssen.</p> <p>WILL: Herr Steinbrück, Sie haben gemerkt, dass Angela Merkel Sie nicht mehr ganz so konsequent ignoriert wie die ganzen Wahlkampfwochen hindurch,</p>
00:05:30	<p>immerhin beherrscht sie Ihren Namen mühelos wie wir festgestellt haben. Wie wollen Sie es in den nächsten knapp 90 Minuten weiter schaffen, sich von - der Nichtkonfrontation nicht in so etwas wie schiere Verzweiflung treiben zu lassen, sondern Angela Merkel jetzt mal endlich aus der Reserve zu locken?</p> <p>Die Menschen interessiert Politik! Nicht Nebensächlichkeiten und nicht Petitessen, die Sie noch mal bemüht haben, Herr Kloeppel.</p> <p>[Ja, die Leute wollen über Politik reden. Die Leute wollen über Politik reden und über die Sorgen, die sie haben und sie stellen fest, dass zwar die Beschäftigung sich insgesamt in der Tat ganz gut entwickelt hat,</p> <p>KLOEPPEL: [Ich glaube nicht, dass das Petitessen waren, Sie haben sehr stark damit kämpfen müssen!</p>

00:06:00	<p>aber das Arbeitsvolumen in Deutschland zum Beispiel nicht. Das hat abgenommen. Wir haben eine, einen Niedriglohnsektor wie kaum ein anderes europäisches Land. Sieben Millionen Menschen, [wenn ich Ihre Frage gern beantworten dürfte, Frau Will. Sieben Millionen Menschen verdienen unter 8,50 Euro. 1,4 Millionen Menschen verdienen so wenig, dass sie aufgestockt werden müssen. Viele Menschen fragen nach bezahlbarem Wohnraum. Sie wollen wissen, was ist mit der Pflege? Was ist mit meiner Alterssicherung? Was ist eigentlich mit den Aufstiegschancen meiner Kinder? Werden die von einem Werkvertrag in den anderen gebracht?</p>	<p>WILL: [Damit locken Sie Frau Merkel, glaube ich, nicht aus der Reserve, oder?</p>
00:06:30	<p>Oder auch mit Blick auf die Energiepreisentwicklung! Was ist mit unserer Infrastruktur? Verfällt die eigentlich, wie uns einige bestätigen? All dies sind Aufgaben, die in den letzten vier Jahren liegengeblieben sind.</p>	<p>WILL: Damit ist die Latte gelegt für dieses Duell. Wir stellen fest --, wir hören längere Einlassungen von Ihnen, die nicht zwingend ^ auf unsere Fragen passen. Aber wir versuchen das weiter. Wir beginnen mit dem Themenkomplex, den wir grob überschrieben haben mit „Geld“. Und die Eingangsfrage, Herr Steinbrück,</p>
00:07:00	<p>geht an Sie. Wenn Sie Bundeskanzler würden, hätten die Deutschen nach vier Jahren dann</p>	

	<p>mehr oder weniger Geld in der Tasche, als wenn Angela Merkel weiterregieren würde?</p> <p>Über einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern, die gleiche Bezahlung von Leiharbeit und von Stammebelegschaften hätten die Menschen mehr Geld. Es würde mehr Kaufkraft geben. Das heißt, all das, was ich dort beschreibe, ist nicht nur sozial gerecht, sondern es ist auch ökonomisch vernünftig. Es würde die Kaufkraft stärken,</p>
00:07:30	<p>es würde dazu beitragen, dass viele Menschen eine eigene Altersvorsorge betreiben können. Und der Staat würde entlastet werden. Er hätte minder Ausgaben und er hätte mehr Einnahmen, insbesondere auch die Sozialkassen.</p> <p>RAAB: Frau Merkel, Herr Steinbrück möchte gern ^ einigen wenigen da oben ein wenig wegnehmen und es denen da unten geben. Das klingt doch erst einmal sehr christlich, wie eine gute Idee. Wie sieht es nach vier Jahren, nach vier weiteren Jahren mit Ihnen in der Regierung aus? Haben die Leute bessere Finanzen oder schlechtere als mit Herrn Steinbrück?</p>
00:08:00	<p>Ich glaube, dass wir da die besseren Konzepte haben. Denn die Frage ist doch, wie - kommen Menschen zu ^ mehr Geld? Und das kann nur über Arbeit sein. Natürlich muss jeder von</p>

	<p>einem Vollzeitjob auch leben können, das wollen wir auch. Wir wollen allerdings, dass die Mindestlöhne nicht einheitlich durch die Politik festgelegt werden, sondern dass die Tarifpartner dies tun. Das haben wir für vier Millionen Menschen bereits gemacht in Deutschland, in vielen Branchen, in der Leiharbeit, in der Pflege. Und das werden wir auch weiter tun.</p>
00:08:30	<p>Und ^ ich bin der Meinung, dass wir alles daran setzen müssen, dass Arbeitsplätze erhalten bleiben und neu geschaffen werden. Und dass wir nichts tun dürfen, was Arbeitsplätze in Gefahr bringt. Und die Steuererhöhungspläne der Sozialdemokraten und der Grünen bringen mit sich, dass die Gefahr besteht, dass wir die gute Ausgangslage, die wir jetzt haben, verschlechtern und nicht verbessern. Denn es sind, in der Tat, Menschen, die viel verdienen, aber das sind Selbständige, das sind Mittelständler, das sind Handwerker, all die,</p>
00:09:00	<p>die dafür auch zeichnen, dass mehr Arbeitsplätze in Deutschland entstehen. Und wir haben jetzt gerade gesehen, dass ^ die Schere zwischen Arm und Reich eben gerade dann nicht mehr auseinander geht, wenn mehr Menschen in Arbeit kommen. Und es gibt von den Vollzeiterwerbstätigen heute ^ nur einen kleinen Teil, der aufstocken muss. Jeder Einzelne ist zu viel, das sage ich ganz ausdrücklich. Aber wir haben in den letzten vier Jahren allein ^ fast 1,9 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen, davon</p>
00:09:30	<p>sind 1,2 Millionen solche, die</p>

Voll ^ arbeit sind sozusagen. Und diesen Weg müssen wir fortsetzen. Denn das ist ja nicht nur eine Zahl, der Arbeitsplatz, sondern der Arbeitsplatz ist auch die Möglichkeit eines Menschen, sich zu verwirklichen, für seine Familie einzustehen und deshalb werde ich nichts unternehmen, was da die Menschen in Schwierigkeiten bringt.

WILL:  
Wenn alles so hervorragend läuft, Herr Steinbrück, wie Angela Merkel jetzt sagt, warum wollen Sie den Deutschen dann mit Ihren Steuererhöhungen die Stimmung vermiesen?

00:10:00

Das tue ich nicht. Wir wollen ja nicht alle Steuern für Alle erhöhen. Das ist die Geisterbahn, in die uns unsere politischen Kontrahenten hineinführen wollen, natürlich um allen deutschen Angst zu machen. Aber wir haben in den letzten 10, 15 Jahren ja folgende Entwicklung gehabt, nämlich dass es eine deutliche Schere zwischen Arm und Reich gibt. Die großen Gewinner sind die hohen Einkommen- und Vermögensbesitzer. Und da sagen wir, die haben eine Verantwortung dafür für vier Zwecke auch stärker zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beizutragen: Für Bildung, als den Schlüsselfaktor der Zukunft unseres Landes.

00:10:30

Für Infrastruktur. Für die Kommunen, die teilweise finanziell marode sind. Und zum Schuldenabbau. Sind die vier Zwecke, weshalb wir sagen, die fünf oberen Prozent der Einkommensbezieher und

	<p>derjenigen, die in der Vermögensentwicklung die Gewinner sind, stärker herangezogen werden.</p> <p>WILL: Was heißt das aber jetzt? Dass Angela Merkel uns nicht die Wahrheit sagt, wenn sie ein ganz anderes Bild entwirft, das eben so klang wie ‚Man braucht keine Steuererhöhungen‘?</p> <p>Ja, die CDU/CSU und die FDP versucht den Eindruck zu erwecken, als dass die Sozialdemokratie mit einer kalten Hand nur versucht,</p>
00:11:00	<p>in alle Portemonnaies und Handtaschen reinzugreifen. Das ist erkennbar Propaganda. Ich habe auch nicht die Absicht, bei der Unternehmensbesteuerung etwas zu tun, was diese Unternehmen daran hindert, ihr Eigenkapital zu verbessern oder zu reinvestieren. Davon kann gar keine Rede sein. Bei Mindestlöhnen, um darauf zurückzukommen, wenn Sie erlauben, ist das, was Frau Merkel als Lohnuntergrenze will, etwas ganz anderes als ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn. Das ist ein Flickenteppich von Branche zu Branche, von Region zu Region.</p>
00:11:30	<p>Und vor allen Dingen: es gibt viele Menschen, die bereits nach einem Tarifvertrag bezahlt werden, aber unter 8,50 Euro. Und die gucken durch die Röhre! Das sind die Gelackmeierten bei der Lohnuntergrenze von CDU/CSU.</p> <p>RAAB: [Frau Merkel</p> <p>[Ich bin der Meinung, ich bin der Meinung, dass diejenigen, die in der sozialen Marktwirtschaft für die Tarifverträge zuständig sind, mehr von den</p>

	<p>Arbeitsplätzen verstehen, auch bei den unteren Löhnen, als wir als Politiker. Es kann nicht sein, dass nach demjenigen, der am lautesten ruft, dann jeweils der Mindestlohn erhöht wird, das halte ich für falsch. Und ich bin auch der Meinung, dass wir</p>	
00:12:00	<p>Projekte haben wie Infrastruktur, Bildung, Kommunen, Schuldenabbau, das ist ja gar kein strittiger Punkt unter uns. Die Frage ist nur, die Frage ist nur, die Frage ist nur, Herr Raab, ja, das möchte ich gerade jetzt erläutern. Dass wir jetzt, wo wir Vielbeschäftigung haben, so viele Steuereinnahmen haben, wie wir sie nie hatten. Und mit denen müssen wir auskommen und ich sage, mit denen können wir auch auskommen. Wenn wir jetzt diejenigen, die Arbeitsplätze schaffen, durch Vermögenssteuer, durch höhere Spitzensteuersätze,</p>	<p>RAAB: [Aber wie wollen Sie das, wie wollen Sie das bezahlen, Frau Merkel?</p>
00:12:30	<p>in eine Lage versetzen, wo sie nicht mehr Arbeitsplätze schaffen, dann haben wir zum Schluss Steuern erhöht, aber weniger Steuereinnahmen. Und das wäre genau der Fehler und deshalb setze ich hier darauf, möglichst viele Menschen in Arbeit zu bringen. Diejenigen, die etwas unternehmen wollen in unserem Land, die Unternehmer, der Mittelstand, die Familienunternehmen nicht ^ sozusagen in Schwierigkeiten zu bringen. Und daraus wird erwachsen, dass wir unsere Aufgaben besser erfüllen können. Und der Flickenteppich, von dem Herr Steinbrück eben sprach, dieser Flickenteppich, den kennen wir, in der Tariflandschaft ^</p>	<p>[Und Sie kommen, Sie kommen.</p>

00:13:00	<p>für alle Branchen heute, der hat sich in der Bundesrepublik Deutschland bewährt, das ist nämlich eine angepasste Lohnfindung. Und ich sage noch einmal: Gewerkschaften und Arbeitgeber haben hier die Möglichkeit, ihre Erfahrung einzubringen. Ich halte dies als Ausdruck der sozialen Marktwirtschaft für die richtige Lösung.</p>	<p>Sie kommen also ohne Steuererhöhungen aus, um diese Finanzierung zu treffen. Wir haben aber ein, ein viel größeres Problem, nämlich den Schuldenberg, auf dem Deutschland sitzt. Wir sprechen da von zwei Billionen Euro,</p>
00:13:30	<p>Wir haben uns vorgenommen ab 2015 Schulden zurückzuzahlen. Die Schuldenberge sind entstanden von all unseren Vorgängern muss man sagen,</p>	<p>das sind 2000 Mal eine Milliarde. Und ^ wie wäre es denn, wenn Sie ab sofort keine Schulden mehr machen würden? Wenn Sie ab sofort vielleicht einfach jeden Monat eine Milliarde zurückzahlen, ja? Dann wären wir, nur, dass mal das klar ist, dass die Dimension mal klar ist, wären wir bereits 2184 schuldenfrei! Oder ist Ihnen das zu ehrgeizig?</p>
00:14:00	<p>spätestens seit den 60er Jahren. Da muss ^ wirklich gearbeitet werden und was wir jetzt geschafft haben in dieser, in diesen letzten vier Jahren, das ist ja wirklich relativ sensationell! Wir kamen aus der schwersten Wirtschaftskrise, die Deutschland erlebt hat. Wir</p>	

	<p>hatten 2009 noch ^ eine Neuverschuldung ^ angenommen von über 80 Milliarden Euro. Und wir kommen jetzt 2015 zu einem Punkt wo wir sagen, wir können beginnen, Schulden zurückzuzahlen. Und diesen Weg möchte ich</p>
00:14:30	<p>nicht aufgeben! Denn wenn wir jetzt Arbeitsplätze in Gefahr bringen, dann haben wir wieder weniger Steuerzahler. Und wenn wir weniger Steuerzahler haben, haben wir weniger Steuereinnahmen und dann können wir weder investieren, noch Schulden zurückzahlen.</p> <p>WILL: Angela Merkel ist wie Sie, Herr Steinbrück, im Wahlkampf und malt die Dinge verständlicherweise rosiger. Nur auch 76 Prozent der Deutschen, 76 Prozent, sagen laut ARD Deutschlandtrend, wenn sie gefragt werden, wie ihre private wirtschaftliche Situation ist, die ist ‚gut‘ oder sogar ‚sehr gut‘. Das klingt,</p>
00:15:00	<p>und das ist ehrlich gesagt blöd für Sie, so gar nicht nach Lust auf einen Politikwechsel.</p> <p>Ja und gleichzeitig beschäftigt die Menschen aber, wie sieht es mit meiner Zukunft aus? Wie sieht es mit der Pflege meiner Angehörigen und von mir aus? Wann war die letzte Pflegereform? Wie sieht es aus mit der Bekämpfung gegen die Altersarmut? Was ist mit der Finanzlage meiner Kommune? Wie wird eigentlich diese Energiewende gestaltet? Kommen wir da eigentlich</p>

	<p>voran, ja oder nein? Das sind alles Fragen, die die Menschen gleichzeitig beschäftigt! Wenn ^ aus der anderen Seite ziemlich deutlich ist, dass 30 bis 40 Prozent der Wählerinnen und Wähler</p>
<p>00:15:30</p>	<p>möglicherweise sehr viele von Ihnen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, in den letzten zwei bis drei Wochen entscheiden, ja dann ist noch nichts entschieden und dann sind diese Umfragen ziemlich Makulatur. Was die Steuereinnahmen betrifft: ja, die sprudeln. - Aber man wird dieses Staatsschiff nicht fahren können nach Konjunktur. - Sondern wir haben es mit erheblichen Risiken aus Europa zu tun, wir haben es mit erheblichen Risiken zu tun, wenn die Zinsen mal wieder ansteigen. Mein Nachfolger ist in den goldenen Zeiten,</p>
<p>00:16:00</p>	<p>dass er Staatsanleihen präzi ^ platzieren kann fast zum, zum Realzins von Null. Wir haben es mit erheblichen Entlastungen auf dem Arbeitsmarkt zu tun. Und trotzdem hat die Neuverschuldung in diesen vier Jahren dieser Legislaturperiode einer Frau Merkel um 100 Milliarden Euro beim Bund zugenommen. Übrigens das ganze Gemeinwesen um 20 Prozent: Bund, Länder, Kommunen, Sozialversicherung. 20 Prozent hat die Staats ^ verschuldung in diesen vier Jahren, die von relativ günstigen Rahmenbedingungen geprägt war. Das war nicht sehr ehrgeizig.</p> <p style="text-align: right;">WILL: [Hat die  RAAB: Frau Merkel,</p>

00:16:30	<p>Also das, was Horst Seehofer im Auge hat ^ , ist eine Gebühr oder Maut für die Ausländer, das ist europarechtlich schwierig. Er möchte die deutschen Autofahrer keineswegs mehr belasten, weil die ja schon einen erheblichen Anteil auch zahlen, für die Finanzierung sogar des Bundeshaushaltes. Ich glaube,</p>	<p>^wie wäre es denn mal mit kreativen Finanzierungsideen? Ihr Freund Horst Seehofer hat gesagt, ‚Ohne PKW-Maut unterschreibe ich keinen Koalitionsvertrag‘. Meint er das ernst oder spinnt er nur mal wieder herum?</p>
00:17:00	<p>es geht doch darum, dass wir unser Land erst einmal nicht so schlecht und in schwarzen Zahlen dauernd malen. Ich glaube, es geht darum, dass wir nicht dauernd unser Land so schlecht malen, sondern dass natürlich die Dinge von den konjunkturellen Entwicklungen abhängen und deshalb weiß ja auch Herr Steinbrück, der da damals Finanzminister war, dass wir durch die Konjunkturprogramme 2008 es geschafft haben, ohne große Arbeitslosigkeit durch die schwerste Krise zu kommen. Dann hatten wir groß, dann hatten wir große,</p>	<p>[Heißt das, heißt das</p>
00:17:30	<p>darf ich - darf ich noch zu Ende reden? Herr See ^, dass wir ^ ohne große Verschuldung, ^ ohne ^ große Arbeitslosigkeit durch die ^ Krise gekommen sind. Dass natürlich damals durch Kurzarbeitergeld und alles die Verschuldung gewachsen ist, ist das doch</p>	<p>[Kriegt Herr Seehofer seine Maut jetzt oder muss er den Koalitionsvertrag nicht unterschreiben?</p>

	<p>ganz klar. Und ^ dann haben wir gemeinsam, Herr Steinbrück, einen Haushalt vorgelegt, der sollte für die nächsten vier Jahre von 2009 an 262 Milliarden neue Schulden machen. Wir haben es mit 100 geschafft. Da würde ich mal sagen, das ist ein sensationelles Ergebnis und das darf man nicht auf's Spiel setzen</p>
<p>00:18:00</p>	<p>und damit Sie, damit Sie jetzt zufrieden sind, ich sage nochmal, wir werden einen Weg finden. Jetzt heute diskutieren wir erst einmal darüber, dass wir in die Lage kommen, Koalitionsverhandlungen zu führen. Das möchte ich gerne mit Horst Seehofer und auch mit der FDP und dann werden wir ganz sicher einen Weg finden, dass alle miteinander zufrieden sind und auch die Autofahrer.</p> <p>[Ich möchte noch mal kurz [Ja.</p> <p>[Also vielleicht.</p> <p>Wunderschön.</p> <p>ILLNER: Dann ist tatsächlich die Frage, wer es am Ende zu bezahlen hat, ^ Frau Merkel. Ausgerechnet jetzt</p>
<p>00:18:30</p>	<p>sagen Wolfgang Schäuble und der Unionsvize Volker Bouffier, dass es ein drittes Griechenlandrettungspaket geben wird. ^ Hand auf's Herz: Wird es das letzte sein oder wird es auch noch ein viertes und fünftes Rettungspaket geben?</p> <p>Vielleicht ^ gucken wir noch mal, worum es ^ geht, wenn wir von Griechenland sprechen. Da geht es um die schwerste Krise, die Europa hatte und warum setzt sich Deutschland so für die Lösung dieser Krise ein? Weil der Euro Deutschlands</p>

	<p>Wohlstand sichert, weil der Euro Deutschlands</p>	<p>00:19:00 Arbeitsplätze sichert. Weil das unser ganz individueller Vorteil ist.</p> <p>Und deshalb ist Europa gut für uns und da sind Länder in Schwierigkeiten geraten. Und die Länder sind in Schwierigkeiten geraten, ich komme gleich dazu, die Länder sind in Schwierigkeiten geraten, weil man in Europa schon bei der Einführung des Euro Fehler gemacht hat und später nicht auf Verlässlichkeit gesetzt hat. Und jetzt haben wir - diese Länder unterstützt mit Garantien. Bei Griechenland gab es auch einen freiwilligen Schuldenerlass der privaten Gläubiger.</p>	<p>Mmh.</p> <p>[Sie hatten immer, Frau Merkel</p> <p>[Ja.</p>
<p>00:19:30</p>	<p>Und als das jetzige Griechenlandpaket eingeführt wurde, als das jetzige Griechenlandpaket eingeführt wurde, da hat der Finanzminister bereits darauf hingewiesen und das haben auch die damals vorgelegten Tabellen gezeigt, dass es für 2015, 16 noch ein Finanzierungsbedarf gibt. Keiner weiß, keiner weiß ganz genau, wie sich Griechenland entwickelt. Keiner weiß genau, wie sich die Dinge in Griechenland entwickeln und ich als Bundeskanzlerin habe die Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass der Reformdruck auf Griechenland nicht nachlässt. Deshalb</p>	<p>[(uv) gar nicht (uv) geben?</p> <p>[Ja.</p> <p>[Mmh. [Er hat gesagt, er kann es nicht ganz ausschließen.</p> <p>[Ich frage noch mal: ist es das letzte, weil Sie schon immer mal angekündigt haben, dass es das letzte sein würde? [Mmh.</p>	
<p>00:20:00</p>	<p>diskutiere ich die Dinge, wenn sie anstehen. Ich ^ sage auch, dass es ^ sein kann, dass es ein neues Griechenlandpaket gibt. Kein Mensch weiß, wie groß es ist. Und wir sollten denen erst einmal vertrauen, die dort die ^ Begutachtung</p>		

	<p>machen, das ist die sogenannte Troika aus internationalem Währungsfonds, der Kommission und EZB und auf der Grundlage beraten wir dann, wenn es soweit ist. Aber der Finanzminister hat bereits im Herbst 2000,</p>	<p>[Mmh.  [Dass er es nicht</p>
<p>00:20:30</p>	<p>2012, nein, 2012 gesagt, wir befassen uns hier nicht das letzte Mal mit Griechenland im Haushaltsausschuss und er hat im Parlament gesagt, dass es sehr wohl sein kann, dass es ein weiteres Paket gibt.</p> <p>Ich komme auf Griechenland gleich zurück, aber Sie müssen mir erlauben, dass ich auf die PKW-Maut nochmal eingehe. Frau Merkel hat gesagt, ‚die Einführung einer PKW-Maut für Ausländer ist schwierig‘. Nein, sie geht gar nicht! Und edas, was Herr Seehofer da</p>	<p>ausschließen kann, hat er gesagt.  [Mmh.  KLOEPPEL: Herr Steinbrück, sind Sie in Anführungsstrichen ‚offener‘, ‚ehrlicher‘? Was werden wir noch für Griechenland zahlen müssen und wie lange?</p>
<p>00:21:00</p>	<p>vorgeschlagen hat, ist entweder von einer erstaunlichen Unkenntnis geprägt oder aber er muss gleichzeitig eine PKW-Maut für die Inländer einführen. Und wenn er dann für die PKW-Inländer ^ PKW-Besitzer etwas einführt, dann wird er das kompensieren wollen, zum Beispiel vielleicht durch den Wegfall der Kfz-Steuer. Nur das bedeutet, dass die normalen Mittelklassefahrer, Autobesitzer, sehr viel mehr dann draufzahlen würden als diejenigen, die in den oberen Autoklassen dann</p>	

		<p>beheimatet sind. Das heißt, was da stattfindet, ist - ein</p>
<p>00:21:30</p>	<p>[Ja die Konsequenzen kann ich ganz kurz ^kurz und knapp beantworten. Mit mir wird es keine PKW-MAUT geben. Ich glaube, ich glaube, das habe ich schon</p>	<p>gewisser Irrsinn. Ich würde ganz gerne schon bei dieser Sendung wissen, wie denn dies funktionieren soll mit einer PKW-MAUT für Inländer, Frau Merkel, denn Sie werden ja von Herrn Seehofer wahrscheinlich - ^ vor die Situation gestellt werden, dass er sonst keinen Koalitionsvertrag unterzeichnet. Und ich würde gerne wissen, welche Konsequenzen das für Sie hat gegenüber Herrn Seehofer.</p> <p>KLOEPPEL: Ich glaube aber, dass die [Ganz kurz.</p> <p>RAAB: [Ah ja, endlich, Frau Merkel!</p>
<p>00:22:00</p>	<p>sehr, sehr lange und in vielen Interviews gesagt. [Naja. Ich ^ glaube nicht, dass es richtig wäre, die ^ Autofahrer weiter zu belasten. Ich glaube auch nicht, dass es richtig wäre, dem Bund weitere Einnahmen vorzuenthalten. Wir haben genügend ^ Aufgaben, da stimme ich Herrn Steinbrück sehr zu, dass wir in ^ investieren müssen und insofern mit mir wird es eine Maut ^ für Autofahrer im Inland nicht geben.</p>	<p>[Das hätten Sie kürzer haben!</p> <p>KLOEPPEL: [Okay, dann haben wir das Thema auch geklärt, Herr Steinbrück.</p> <p>ILLNER: [Haben wir schon einmal gerade geklärt.</p> <p>KLOEPPEL: [Ich hatte eben gerade ja.</p> <p>Okay. Herr Steinbrück, ich hatte Sie eben gerade schon gefragt,</p>
	<p>[Ich stimmt ausdrücklich zu,</p> <p>[und sende schöne Grüße nach München zu Herrn Seehofer.</p>	

	<p>[Ja.</p> <p>[Ja.</p>	<p>nochmal zurück zur Eurokrise, weil ich denke, das sind die größeren Summen, über die wir reden müssen auch in den nächsten Jahren.</p>
<p>00:22:30</p>	<p>Ich habe den Wählern und Wählern sehr früh gesagt, dass uns diese Stabilisierung der Eurozone Geld kosten wird. Ich habe sehr früh gesagt, wir sind in einer Haftungsunion! Ich hätte mir eine ähnlich deutliche Ansprache auch von Frau Merkel gewünscht! Wir sind in einer Haftungssituation seit dem Aufkauf der ersten griechischen Staatsanleihe im Mai 20 ^ 2012. In dem Augenblick haftet die Bundesrepublik Deutschland für 27 Prozent. Und es wird uns etwas kosten! Die Frage ist, wofür geben wir das Geld aus?</p>	<p>Sind Sie ehrlich gegenüber Ihren Wählern und sagen, was sie noch für Griechenland in Anführungsstrichen blechen müssen?</p> <p>KLOEPPEL: Wie viel</p>
<p>00:23:00</p>	<p>Das weiß keiner, weil wir abwarten müssen, ob die griechischen oder anderen portugiesischen Staatsanleihen bedient werden oder nur teilweise bedient werden, das wissen sie erst am Ende der Laufzeit. Aber alleine, alleine bezogen, auf das, was wir bisher über die Rettungsschirme oder die KfW in Gang gesetzt haben, sind ungefähr 150 Milliarden Euro an (uv) raus. Der entscheidende Punkt ist, ob nicht über die</p>	<p>wird es uns kosten?</p> <p>[Wovon werden Sie es bezahlen wollen?</p>

	<p>Ankündigung eines dritten Griechenlandpaketes wir uns eingestehen müssen, dass die bisherige Krisenstrategie maßgeblich vorgetragen von dieser Bundesregierung,</p>
<p>00:23:30</p>	<p>gescheitert ist! Weil sie diese Länder nur in einen Teufelskreis nach unten bringt.</p> <p>[Was fehlt, was fehlt ist ein Aufbauprogramm, was fehlt, ist ein Wachstumsimpuls und was fehlt, ist insbesondere die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, obwohl Frau Merkel im Europäischen Rat im Februar diesen Jahres eine Jugendgarantie ja mit verabschiedet hat! Die Frage ist: was ist daraus geworden?</p> <p>ILLNER: Rechnen Sie damit, dass die Griechen</p> <p>Rechnen Sie damit, dass die Griechen dieses Geld überhaupt irgendwann zurückzahlen können? In zehn Jahren, in 80 Jahren?</p> <p>Das ist Ihnen und uns nur zu wünschen!</p> <p>[Mmh.</p>
<p>00:24:00</p>	<p>Was aber bedeutet, dass man den Griechen nicht immer weiter nur die Konsolidierungskeule über den Kopf ^ ziehen kann! Sondern den Griechen behilflich sein muss, langsam wieder Wind unter die Flügel zu kriegen! Deutschland ist auch mal geholfen worden! Ist vergessen! Deutschland ist sehr massiv geholfen worden nach dem Zweiten Weltkrieg: Marshall-Programm im Wesentlichen oder allein West-Deutschland, leider nicht Ost-Deutschland. Und wir sollten, Deutsche, uns daran erinnern, dass diese</p>

	<p>Länder uns auch die Hand gereicht haben zur europäischen Einigung. Dass sie sich gefreut haben über die deutsche Wiedervereinigung. Und daraus ergibt sich, wie ich finde, eine europapolitische Verantwortung,</p>
<p>00:24:30</p> <p>[Also, vielleicht - [kann ich</p>	<p>diesen Ländern behilflich zu sein und zwar nicht nur mit einem Konsolidierungskurs, der sie auf das Krankenlager nagelt.</p> <p>[Aus einer</p> <p>[Aus einer europapolitischen Verantwortung</p> <p>Aus einer europapolitischen Verantwortung und ich weiß von einem Interview, Frau Merkel, das Sie gegeben haben, das erst noch gesendet wird, dass Sie der SPD eine europapolitische Unzuverlässigkeit vorwerfen. Das hat uns schon sehr getroffen!</p> <p>[Mmh. Warum haben Sie dennoch. Sie kommen, Frau Merkel. Warum haben Sie dennoch eigentlich mit Ihrer Fraktion all diesen Entscheidungen immer zugestimmt im Bundestag und haben also eigentlich eine Bestätigung für die Regierungspolitik gegeben?</p>
<p>00:25:00</p> <p>Also, ich fand es gut und</p>	<p>Denn wir waren es, die Ihnen auch mitgeholfen haben, eine notwendige Zweidrittelmehrheit im Deutschen Bundestag zu erreichen! Und jetzt äußern Sie sich in einem solchen Interview über die Unzuverlässigkeit der SPD in der Europapolitik? Das wundert mich doch!</p> <p>[Ja.</p> <p>Haben Sie sie also nicht eigentlich sehr an Ihrer Seite, Frau Merkel, kann man sich nicht einen besseren Oppositionsführer wünschen?</p>

	<p>richtig, dass die SPD den meisten Entscheidungen zugestimmt hat, ist doch gar keine Frage, das hat sie auch nicht uns zuliebe getan,</p>	
00:25:30	<p>sondern aus innerer Überzeugung, das ist auch gut, dass die Sozialdemokraten Europa nicht vergessen in schweren Stunden. Es ist auch völlig unbestritten, dass uns ^ geholfen wurde und dass deshalb wir auch helfen, das ist ja ganz klar.</p> <p>Die Frage ist nur: wie helfen wir? Helfen wir, indem wir ^ sozusagen Bedauern äußern über die schwierige Lage in diesen Ländern? Oder helfen wir, indem wir ermuntern zu den notwendigen Reformen. Und es ist doch vollkommen klar, dass Griechenland erhebliche, nicht nur finanzielle Defizite hatte, sondern - dass der gesamte griechische Staatsaufbau ^ nicht den Anforderungen</p>	<p>[Mmh.]</p> <p>[Mmh.]</p>
00:26:00	<p>entspricht, die man heute in der Eurozone haben muss. Und da, bitteschön, ^möchte ich jetzt doch das nochmal ausführen, weil das wirklich ein zentrales Thema ist. Da ist Griechenland aufgenommen worden in die Eurozone ohne, dass es die Voraussetzungen erfüllt hat, da ist der Stabilitäts- und Wachstumspakt ausgesetzt worden. Alles unter Rot-Grün. Und mein Vorgänger. Und jetzt heißt es doch: nicht falsche Solidarität zu zeigen, sondern einem Prinzip zu folgen! Und dieses Prinzip heißt:</p>	<p>[Die Frage, Frau Merkel]</p> <p>[Mmh.]</p> <p>[Aber nun ist es mal geschehen.]</p>
00:26:30	<p>Leistung und Gegenleistung, Solidarität und Eigenverantwortung. Und wenn wir das nicht durchhalten, dann werden wir sehen, dass diese Länder nicht wieder mehr Arbeitsplätze haben. Und</p>	<p>[Mmh.]</p>

	<p>das ist ja auch vollkommen klar. Wir haben nicht nur dem Rat, ^der fachkundigen, der sogenannten Troika, Internationaler Währungsfonds, Kommission, Europäische Zentralbank, ^ sind wir nicht nur gefolgt. Darauf beruhen ja unsere Programm-entscheidungen. Sondern: wir haben, - und das war ja ganz wesentlich von der SPD mitgestaltet,</p>	
<p>00:27:00</p>	<p>ich weiß gar nicht, warum Sie das nicht erwähnen, ein Wachstumspakt verabschiedet. Wir haben die Mittel der Europäischen Investitionsbank aufgestockt. Wir haben die Strukturfonds flexibler eingesetzt. Deutschland wird in den nächsten sieben Jahren mehr für Europa zahlen, für die Länder, die Hilfe und Unterstützung brauchen. Aber das Geld muss sinnvoll eingesetzt werden! Es muss Europas Wettbewerbs-fähigkeit verbessern. Und Defizite oberhalb des Stabilitäts- und Wachstums-pakts dauerhaft, gehen nicht! Deshalb haben Sie ja auch dem Fiskalpakt zugestimmt, der sagt, wir müssen stärker darauf achten, dass Länder sich nicht</p>	<p>[Mmh.</p>
<p>00:27:30</p>	<p>verschulden und anschließend Investoren gar keine Möglichkeit mehr haben ^, sich so in Europa zu engagieren, dass sie in die Lage versetzt werden, ihr Geld auch zurückzubekommen, es geht also um Europa.</p> <p>Aber warum werfen Sie der SPD dann europapolitische Unzuverlässigkeit vor, ich verstehe es nicht!</p> <p>Ich werfe Ihnen nichts vor, das ist doch vollkommen klar, weil Sie ^ fast allem zugestimmt haben und</p>	<p>[Die Frage, Frau Bundeskanzlerin, ist, wer am Ende bezahlt!</p> <p>[Mmh. [Also es geht darum, wer am Ende bezahlt. Ganz genau.</p>

	deshalb sage ich ganz einfach, ^ wenn Sie, das muss ich dann allerdings sagen, Herr Steinbrück, wenn Sie angesichts eines schon angekündigten,	
00:28:00	und Sie können die Protokolle der Ausschüsse nachlesen, nochmaligen eventuellen Griechenlandrettungspakets, einfach erklären, dass nunmehr die gesamte Europapolitik gescheitert ist, dann kann ich nur sagen, dann haben Sie wirklich nicht aus Überzeugung zugestimmt und das wissen Sie auch. Und wenn nicht Wahlkampf wäre, hätten Sie so auch nicht gesprochen.	WILL: Herr Steinbrück, darf ich fragen nach den Konsequenzen für die normalen Sparer in Deutschland. ^ Die merken im Moment all das, was ^ mit der Eurokrise geschieht, vor
00:28:30	Daran ist Angela Merkel nicht direkt schuld, sondern die Zinspolitik wird zunächst mal gemacht von der Europäischen Zentralbank.  [Ja, ja, so jetzt. [Ja, ich komme ja, ich komme, komme ja weiter, ich komme ja weiter [ich komme ja weiter [die bisherige Krisenstrategie hat dazu geführt, dass diese Länder, die bisherige Krisenstrategie hat dazu geführt, dass diese Länder sich nicht erholt haben.	Allem an mickrigsten Zinsen, die sie auf ihre Sparguthaben bekommen. Warum ist daran, wie Sie gesagt haben, Angela Merkel schuld?  Sie haben es so gesagt, Herr Steinbrück, da Sie die Interviews zitieren habe ich auch eins: „Merkels Krisenmanagement habe zu einer Nullzinspolitik geführt, die die Guthaben der Sparer auf Dauer entwertet.“

00:29:00	<p>Die Wachstumsraten sind nach wie vor sehr schlecht, die Arbeitslosigkeit geht hoch, die Jugendarbeitslosigkeit geht hoch und damit ist die EZB in der Konsequenz dieser Krisenstrategie, die in meinen Augen gescheitert ist unter maßgeblicher Federführung der Bundesrepublik Deutschland, mit unserem politischen Gewicht, mit unserem ökonomischen Gewicht, vertreten von Frau Merkel, je gezwungen zu einer Zinspolitik, die in der Tat dazu führt, dass Sparer nur noch sehr niedrige und mickrige Zinsen und Kapitallebensversicherungen zunehmend nicht mehr attraktiv sind. Und das ist die Folge eines falschen Krisenmanagements in Europa.</p>	
00:29:30	<p>[Nein, das ist die Einschätzung von vielen! Die, die Zinspolitik ist eine der Schrauben, die die Europäische Zentralbank in der Hand hat und die Europäische Zentralbank ist eine der wenigen intakten Institutionen, die wirkliches Krisenmanagement betrieben haben. Über den Aufkauf von Staatsanleihen, hart an der Grenze dessen, was man als direkte Staatsfinanzierung bezeichnen kann, und eine Nullzinspolitik, die genau dieses Ergebnis hat, dass viele Sparer bekümmert, mehr als das, stört.</p>	<p>Und das sagen Sie nicht nur im Wahlkampf, wie Frau Merkel Ihnen eben zugestanden hat?</p> <p>[(uv).</p>
00:30:00	<p>Wobei umgekehrt natürlich diejenigen, die über Kredite Investitionen finanzieren, diejenigen, die Hypothekenkredite für ein Eigenheim aufnehmen, sich freuen über die niedrigen</p>	<p>[Und ein Kanzler</p>

	<p>Zinsen.</p> <p>Ich hätte eine andere Krisenstrategie verfolgt. Das ist doch der Ausgangspunkt! Ich hätte gesagt, natürlich muss es zu einer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte kommen, aber bitte doch nicht in einer tödlichen Dosis für diese Länder! Was übrigens zunehmend erkannt wird ja auch in den Reihen von CDU/CSU. Dass diese Dosis tödlich sein kann.</p>	<p>Steinbrück hätte das alles besser und viel toller und für die deutschen Sparer wesentlich lukrativer gemacht?</p>
<p>00:30:30</p>	<p>Aber sie muss doch begleitet werden, in einer Doppelstrategie, durch Impulse für diese Länder, von mir aus nennen wir das ein Marshall-Programm II! Für Sofortmaßnahmen, was die Jugendarbeitslosigkeit betrifft. In vielen Fällen ist doch diese Krise auch gar keine Verschuldenskrise. Sie ist eine Bankenkrise in vielen Ländern! In Irland, in Zypern und vor allen Dingen auch in Spanien. Und wo bleibt dann der ehrgeizige Ansatz, diese Banken endlich zu regulieren? Gegebenenfalls abzuwickeln? Und zwar nicht auf Kosten der Steuerzahler, nein! Auf Kosten der Gläubiger und Eigentümer der Banken!</p>	
<p>00:31:00</p> <p>[Also, wir müssen die Dinge, wir müssen die Dinge jetzt noch mal kurz ordnen, weil Ich höre aber erst noch Ihre Frage, dann mache ich das.</p>		<p>[Sie haben, Frau Merkel mal, gemeinsam mit Herrn Steinbrück, versprochen, die Einlagen seien sicher?</p> <p>Das ist nett, vielen Dank! Ich wollte tatsächlich auf was rekurrieren, was sie beide verbindet. Sie haben den deutschen</p>

	<p>Sparern ja mal versprochen, die Einlagen, ihre Einlagen seien sicher und in der Tat ist es im Moment eher so, dass sicher nur ist, dass die Einlagen durch die ^ mickrigen Zinsen permanent an Wert verlieren. Haben Sie nur vergessen, den deutschen Sparern die Risiken und Nebenwirkungen auch zu sagen?</p>
<p>00:31:30</p>	<p>Die Garantie gilt, ich glaube da - sind wir uns - einig. Und ^ was jetzt die Ursachen und Wirkungen anbelangt, das muss man in der Eurokrise schon noch mal genau diskutieren. Wir in Deutschland wissen, dass wenn ein Land nicht mehr wettbewerbsfähig ist, die Arbeitslosigkeit steigt und damit die Spirale auch zu mehr Verschuldung und mehr Sorgen der Menschen beginnt. Deshalb gab es die Agenda 2010, als wir über fünf Millionen</p>
<p>00:32:00</p>	<p>Arbeitslose dann später hatten und Gerhard Schröder, ich scheue mich nicht, das zu sagen, hat sich um Deutschland verdient gemacht. Wundern tut mich nur, dass die Erfahrung, die wir doch gemacht haben, wie es besser geworden ist, und es ist nicht sofort besser geworden, das haben Sie ja auch gesehen, sondern es hat zwei, drei Jahre gedauert, dass man diese Erfahrung jetzt nicht weitergibt an die anderen Länder, sie ermutigt, solche Reformen auch zu machen. Und wir sehen doch jetzt die ersten zarten Pflänzchen des Wachstums und dem wird auch wieder mehr Beschäftigung folgen. Das sind die ganz normalen</p>

	Zyklen, wie sich die Dinge entwickeln. Und deshalb heißt es, diesen Kurs fortzusetzen, nicht über	
00:32:30	Vergemeinschaftung von Schuldentilgungsfonds zu sprechen, nicht über Eurobonds zu sprechen, was immer wieder auch von der Sozialdemokratie gemacht wird, sondern einfach zu sagen: jeder muss seiner Eigenverantwortung gerecht werden, dann investieren wir in Forschung, dann investieren wir in Infrastruktur, dann investieren wir vor allen Dingen in Bildung der jungen Menschen, das deutsche Berufsbildungssystem wird zur Zeit von der Bundesrepublik in all diese Länder exportiert, ist ja nachgefragt. [Und ein Wort zu den Zinsen, ein Wort zu den Zinsen:	RAAB: Frau Merkel, die
00:33:00	Herr Steinbrück als ehemaliger Finanzminister weiß es: Die Zinsen in Amerika sind noch geringer, die Welt fordert uns auf, ja, eine Politik zu machen, mit der wir die Konjunktur auch ankurbeln und das, was im Augenblick schwierig ist und in der Tat für den deutschen Sparer schwierig ist, das ist, dass in den südeuropäischen Ländern die Zinsen viel höher sind als bei uns. Und wir sehen	
00:33:30	jetzt glücklicherweise, dass die deutschen Zinsen auch wieder etwas steigen, die südeuropäischen fallen. Und das ist dann wieder die Botschaft, dass der Euroraum wettbewerbsfähiger, gemeinschaftlicher wird und was wir erreicht haben, das ist doch, dass man politisch weiß, alle Investoren, die in die Euroländer investieren	

	<p>wollen: Ja, wir stehen zum Euro, ja, wir bringen ihn auf einen Erfolgskurs, aber ich möchte es so haben, dass wir dann anschließend als Europäer uns noch auf der Welt sehen lassen können, unsere Produkte verkaufen können und das ist die Strategie und die muss weitergehen und darüber entscheiden die Zuschauerinnen und Zuschauer.</p>
<p>00:34:00</p>	<p>Herr Steinbrück, ^ Sie wollen mit großem Ehrgeiz den Steuerbetrug bekämpfen. Sie nehmen harte Worte in den Mund. Sie sprechen davon, dass Sie persönlich die Kavallerie satteln möchten. Das sind ^, das sind schöne Bilder. Das sind Pferde, das sind Sättel, das ist Attacke. Aber eigentlich ist es doch erst einmal nur eine komplett leere Drohung.</p> <p>[Ja, finde ich auch.</p> <p>[Ja.</p> <p>Stimmt doch nicht! - Natürlich können wir mehr tun. - Wir können zum Beispiel Verjährungsfristen verlängern. - Wir können dafür Sorge tragen, dass es in Deutschland ein Unternehmenssteuerrecht gibt, dass die Beihilfe deutscher wie auch anderer Institute, die in Deutschland</p>
<p>00:34:30</p>	<p>Beihilfe leisten zum Steuerbetrug und Steuerhinterziehungen, vor den Kadi ziehen kann. Wir können dazu beitragen, dass ^ aufgrund unserer Rechtslage zum Beispiel das Ausmaß in den Briefkastenfirmen von deutschen Firmen irgendwo anders auftauchen, dass das beschränkt oder sogar vermieden wird. Wir können zum Beispiel ein anderes,</p>

	<p>oder hätten gern ein anderes, Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz abgeschlossen! Wo nicht eine Anonymisierung bleibt! Wo nicht eine anschließende, ja Amnestie für Steuersünder von Deutschland in Gang gesetzt worden wäre. Oder Herr Schäuble dazu bereit</p>
00:35:00	<p>war, der deutschen Steuerverwaltung und Fahndung und Staatsanwaltschaften den Aufkauf von Steuer-CDs zu verbitten! Der größte Druckpunkt, den es gibt! All dies hätte man anders gestalten können! Und im Übrigen ja, das war ein Ausflug in meine Westernfilmerfahrung, aber er hat diese Debatte zugespitzt! Er hat dieser Debatte einen Boden gegeben und sie aus der Leisetreterei herausgeführt! Weil dieser Steuerbetrug ein kriminelles Delikt ist und sich die ganzen ehrlichen Steuerzahler als die dummen vorkommen, wenn sie hören, dass Jahr für Jahr eventuell 30 Milliarden Euro an Einnahmen nicht entstehen,</p>
00:35:30	<p>weil die Oberen glauben, sie stünden über dem Gesetzblatt und den dort festgelegten Steuerverpflichtung in Deutschland.</p> <p>ILLNER: [Sie</p> <p>KLOEPPEL: [Frau Bundeskanzlerin, die Bürger machen sich Gedanken, nicht nur über ihr Geld auf dem Sparbuch, sondern sie machen sich natürlich auch Geld über ihre Jobs, über ihre</p>

	<p>Arbeitsplätze. Ein Thema, mit dem wir uns jetzt beschäftigen wollen, nämlich die Frage, wie können wir Arbeit in Deutschland schaffen, wie können wir Arbeit in Deutschland sichern? Wenn wir uns mal die Zahlen angucken, in Deutschland gibt es 7,5 Millionen Minijobber, wir haben zehn Prozent ungefähr der Beschäftigten, die einen Zweitjob haben, um überhaupt über die Runden zu kommen.</p>
<p>00:36:00</p> <p>Erst noch einmal ein Wort zur Steuerhinterziehung, weil es sich gut trifft, dass ^ wir ja am Ende der Woche, die jetzt kommt, das G20-Treffen haben und weil sich hier die 20 größten Wirtschaftsnationen der Welt darauf verständigen werden, dass man der Steuerhinterziehung ^ schärfer hinterher sein muss, weil es in der Tat alles andere ist als</p>	<p>Und mehr als 600.000 Menschen, ^ 800.000 Menschen in Deutschland sind Leiharbeiter. Heißt das, dass Ihre Politik bedeutet, jeder Job ist besser als gar keiner?</p>
<p>00:36:30</p> <p>irgendein Kavaliersdelikt, es ist eine Katastrophe, wie viel Geld uns verloren geht. Wir werden den automatischen Informationsaustausch unter allen Ländern vereinbaren und wir werden den Kampf gegen Steueroasen, also Plätze, an denen multinationale Konzerne heute sind und überhaupt keine Steuern zahlen, den werden wir auch einheitlich regeln. Das ist ein Riesenfortschritt und da ist lange dran verhandelt worden und dass wir da jetzt endlich einen</p>	

	Schritt voran kommen, ist eine wirklich	
00:37:00	gute Botschaft für die, die in der Tat ehrlich ihre Steuern zahlen und deshalb glaube ich, sollte das noch mal erwähnt werden. Jetzt zu den Arbeitsplätzen. Wir haben 29 Millionen fast sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in Deutschland. Das ist eine Zahl, wie wir sie nie hatten. Alleine fast, ich glaube, 1,9 Millionen mehr als das 2009 der Fall war. Wir haben jetzt vom Statistischen Bundesamt zum ersten Mal gehört, dass die sogenannten atypischen oder prekären Arbeitsverhältnisse	
00:37:30	ein wenig zurückgegangen sind. Wir haben die gleiche Zahl von Zeitarbeitsplätzen ^ Zeit ^ zeitlich befristeten Arbeitsplätzen trotz viel höherer Gesamtanzahl und wir haben erlebt, dass durch die Leiharbeit ja viele Menschen ja auch in dauerhafte Beschäftigung gekommen sind. Wir haben aber auch erlebt, dass die ^ durch die Agenda 2010 eingeführte Leiharbeit missbraucht wurde. Massiv missbraucht wurde. Und deshalb haben wir einen Mindestlohn jetzt in der Leiharbeit	[Aber sie haben sich deutlich ausgedehnt in den vergangenen Jahren unter Ihrer Regierung!
00:38:00	eingeführt. Deshalb haben wir ^ ger ^ gesetzlich verboten, dass man Menschen, die dauerhaft beschäftigt waren, entlässt, sie in der Leiharbeitsfirma einstellt und dann anschließend wieder im selben Betrieb arbeiten lässt. All das geht nicht mehr und das ist richtig und wichtig. Und ^ deshalb ^ glaube ich, dass ^ man sagen muss - es	

	<p>muss einerseits jeder von seiner Arbeit leben können, wenn er Vollzeit arbeitet. Und andererseits müssen die Chancen bestehen, dass Menschen in Arbeit kommen. Und dieser Weg ist erfolgreich gegangen worden</p>
00:38:30	<p>und deshalb glaube ich, dass wir insgesamt auf einem guten Weg sind. Das heißt nicht, dass viele Menschen gerne mehr verdienen möchten und dass wir diese Chance noch verbessern müssen.</p> <p style="text-align: right;">ILLNER: Frau Bundeskanzlerin, Sie müssen gestatten ^, dass Peer Steinbrück, wir hängen nämlich tatsächlich nicht nur ^ zeitmäßig ein bisschen, sondern Peer Steinbrück, der Herausforderer, ist in einer gewissen ^ Disbalance. Wir ^ müssen jetzt mal aufpassen, dass wir Sie nicht nur gehörig zu Wort kommen lassen, sondern jetzt irgendwie auch die nächsten drei Fragen an Sie stellen. Das kriegen wir glaube ich gerade noch hin.</p>
00:39:00	<p>Herr Steinbrück, auch an Sie die zentrale Frage zum Thema Soziales und Arbeit: Mehr Menschen haben Arbeit, weil sie immer weniger Geld verdienen. Ist auch aus der Sicht eines Sozialdemokraten, der die Agenda 2010 sehr begrüßt hat, jede Arbeit besser als keine?</p> <p>[Also?</p> <p>[Soll also?</p> <p>Nein. -- Der Satz, der Satz von Frau Merkel und der CDU „Sozia“, „Sozial ist, was Arbeit schafft“ ist nicht die Meinung der SPD und nicht von mir. Sozial ist, was gute Arbeit</p>

	<p>schaft, die anständig entlohnt wird. - Die Zunahme des Missbrauchs von Leiharbeit,</p>
<p>00:39:30</p>	<p>von Werkverträgen ist ein zentrales Thema. Es spaltet unseren Arbeitsmarkt. Der spaltet Gesellschaft. Das sorgt dafür, dass der Zusammenhalt der Gesellschaft brüchig wird, der aber wesentliche Voraussetzung ist auch für unser ökonomisches Wohlergehen. Und deshalb ist die SPD der Auffassung, dass dieser Missbrauch von Leiharbeit, Zeitarbeit, Werkverträgen, Minijobs eingegrenzt werden muss.</p> <p>[Wieso all das? [Wieso all das, Frau Illner?</p> <p>Sollen die Menschen Sie also diesmal wählen, damit Sie all das korrigieren können, was Sie - mit der rot-grünen Regierung damals anders gemacht haben? Und zwar grundsätzlich?</p>
<p>00:40:00</p>	<p>^ Diese Agenda 2010 ist, wie ich glaube, ein Beitrag, ich will das gar nicht jetzt überbewerten, ein Beitrag, warum Deutschland ganz gut steht im europäischen Vergleich. Da rate ich dazu, dass die SPD, die selbst, da rate ich dazu, dass die SPD das Selbstbewusstsein vertritt.</p> <p>[Sie sagen selbst, dass viele Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen sind!</p> <p>Die Agenda 2010 war sehr viel mehr als nur eine Arbeitsmarktreform. Aber im Rahmen dieser Arbeitsmarktreform ist es zu Fehlentwicklungen gekommen. Und, übrigens, Gerhard Schröder selbst hat gar keine Mühe zu sagen, dass solche Fehlentwicklungen dann auch von der SPD korrigiert werden. Und mit mir als</p>
<p>00:40:30</p>	<p>Bundeskanzler werden diese Fehlentwicklungen</p>

	<p>korrigiert.</p> <p>[Nee.</p> <p>[Das müssen, da, da, da, da müssen Sie jetzt mit mir zu Wikipedia gehen und das hier nachweisen, Herr Kloeppe. So läuft das nicht. Die SPD ist übrigens damals der Auffassung gewesen, dass die Agenda 2010 durchaus schon mit einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn hätte begleitet werden müssen. Aber dafür hatten wir keine Mehrheit im Bundesrat. Und offen ist zu legen, dass die Gewerkschaftsbewegung damals auch noch der</p>
00:41:00	<p>Auffassung war, dies kollidiere mit der Tarifvertragsfreiheit. Aber es war damals ein Thema. Jetzt korrigieren wir diesen Fehler, insbesondere auch mit Blick auf das Ausmaß, in dem selbst Leiharbeitsstellen umgewandelt werden in Werkverträge. Das muss man sich mal vorstellen!</p> <p>ILLNER: [Mmh. Auch dieses Thema hat die Bundeskanzlerin ^, Herr Steinbrück, Ihnen im Grunde genommen geklaut. ^ Mindestlohn ist so ein Beispiel gewesen, ^ die Frauenquote ist so ein Beispiel ge ^ gewesen. Könnten Sie der SP, ^ der CDU nicht auch mal was klauen?</p> <p>Nee! Denn das sind ja alles</p>

<p>00:41:30</p>	<p>schöne Schachteln,  die Frau Merkel da in das  Schaufenster gestellt hat.  Und da steht dann drin  „Leistungsrente“. Ist  ja nicht mal Beschlusslage  der CDU! CDU hat kein  Rentenkonzept!  Jaja, wird noch darum  gekämpft (uv). Frau Merkel  hat noch 21 Tage Zeit,  mehr nicht! Bei den  Gewerkschaften, Anfang  dieses Jahres, wo ich  später war, hat sie ein  Rentenkonzept  angekündigt. Daraus ist  nichts geworden. Die  Leistungsrente ist ein  Plakat von Frau von der  Leyen, abgesehen auch  ziemlich zynischen Gehalts.  Denn das sind nicht mehr  als 15 bis 20 Euro über der  Grundsicherung. SPD bietet  an eine Solidarrente von  850 Euro. Der, der, der, der,  der, die Lohnuntergrenze  von Frau Merkel,</p>	<p>[Wird noch darum  gekämpft.               [Mmh.]</p>
<p>00:42:00</p>	<p>haben wir vorhin schon  darüber gesp ^ geredet, hat  nichts zu tun mit einem  flächendeck ^ gesetzlichen  Mindestlohn. Ist ein  Flickenteppich von den  Tarifvertragsparteien. Viele,  die in Tarifverträgen sind  und unter 8,50 Euro  verdienen, haben gar nichts  davon. So. Und so, zum  Beispiel das Jahr der Pflege  ist auch ausgerufen  worden. Das Jahr der  Pflege! Alle waren wirklich  erstaunt darüber, dass jetzt  etwas endlich getan wird.  Die letzte Pflegereform  kommt aus dem Jahr 2008!  Von Ulla Schmidt. Was es  gegeben hat, ist eine  private Zusatzversicherung.</p>	<p>[Mmh.]              [Mmh.]</p>
<p>00:42:30</p>	<p>Monatlich gefördert mit 5  Euro, von Herrn Bahr,  Pflege-Bahr. Mehr nicht!  Was übrigens die meisten</p>	

	<p>sich nicht leisten können! Worauf ich hinaus will, ist: Da sind viele bunte Schachteln im Schaufenster. Und das Problem ist, dass ich die Wählerinnen und Wähler motivieren möchte, in die Schachteln hineinzugucken.</p> <p>[Ja, und</p> <p>KLOEPPEL: Und Sie glauben, dass die 8,50 Euro Stundenlohn, Mindestlohn ausreichen, um all diese Probleme zu lösen? Ist das Ihr Allheilmittel?</p> <p>[Naja.</p> <p>Immerhin, Allheilmittel habe ich nicht gesagt, aber immerhin! Im Übrigen, wir haben, glaube ich, in 21 oder 22 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben wir einen flächendeckenden, gesetzlichen</p>
00:43:00	<p>Mindestlohn. Und darüber sind die ja auch nicht untergegangen oder im Atlantik oder im Mittelmeer verschwunden.</p> <p>ILLNER: Mmh. Finden Sie eigentlich, das wäre eine Frage von mir an Sie beide, dass Politiker in diesem Land genug ver ^ verdienen? Herr Steinbrück?</p> <p>Was bezwecken Sie denn mir gegenüber mit der Frage?</p> <p>WILL: [Haha.</p> <p>ILLNER: Ich möchte es einfach nur wissen, finden Sie es grundsätzlich?</p> <p>WILL: [Haha.</p> <p>ILLNER: [Niemals mehr?</p> <p>KLOEPPEL: Wir haben nicht nach dem Kanzlergehalt</p> <p>Glauben Sie im Ernst, dass ich darauf je in meinem Leben noch einmal eingehe?</p> <p>Niemals!</p>

		gefragt, sondern nur nach dem Gehalt von Politikern!
		ILLNER: [Das ist schade.
	Bitte, diskutieren Sie das gerne unter sich, aber ohne meine Beteiligung.	Sind Politiker in diesem Land gut bezahlt, ja oder nein?  [Wir könnten die Bundeskanzlerin fragen, Frau Merkel!
00:43:30	Ich antworte mit einem klaren Ja, um dann noch Zeit zu haben, was anderes ^ zu sagen. Ich ^ finde doch, dass wir in der Tat unterschiedliche Konzepte haben, was den Mindestlohn angeht. Wir sind uns einig, dass jeder Mensch durch Vollzeitarbeit so viel verdienen muss, dass er davon leben kann, dass er nicht aufstocken muss. Ich finde auch und das ist CDU-^Überzeugung, dass man, wenn man arbeitet, mehr haben muss, als wenn man nicht arbeitet. Und wir wissen dennoch,	[Mmh.
00:44:00	dass selbst bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro 40 Jahre Arbeit nicht ausreichen, um eine Rente zu bekommen, die oberhalb sozusagen sozialer Zuschüsse liegt. Und aus diesem Grunde, und ich ^ kann unser Regierungsprogramm da nur noch mal zur Lektüre empfehlen, steht dort schwarz auf weiß geschrieben, dass jeder, der 40 Jahre gearbeitet hat und privat vorgesorgt hat, über die Riester-Versorgung, Versicherung, dass derjenige oder diejenige auch 850 Euro Rente bekommen soll, damit wir	WILL: [Mmh.  [Bekommt.

00:44:30	<p>etwas gegen die Altersarmut tun, denn es ist nicht fair, wenn man über 40 Jahre arbeitet. Und ^ wir müssen ^ in der Rente uns darauf vorbereiten, dass der Altersaufbau unserer Gesellschaft sich verändert, dass wir mehr Ältere haben. Und die Rente muss immer zwei Mal gerecht sein: Sie muss gerecht sein für die, die sie heute bekommen. Und sie muss aber auch gerecht sein, für diejenigen, die heute für die Rente aufkommen müssen.</p>	<p>[Aufstocker. [Ja.  [Mmh.  [Ja. Damit haben Sie  [Mmh.  Damit haben Sie elegant übergeleitet zu dem Thema,</p>
00:45:00	<p>Diese Zahl ist immer noch sehr gering, glücklicherweise, aber sie wird ^ steigen und deshalb haben wir die Antwort, nämlich... Ja, sie ^ - richtig - - richtig  Richtig, sie ist vor allem deshalb gestiegen,</p>	<p>zu dem wir jetzt eh kommen wollten, nämlich die Altersarmut. ^ Die Zahl der Rentner, die mit ihrer Rente nicht über die Runden kommen und die deshalb aufstocken müssen, ist in den viega ^ vergangenen vier Jahren gestiegen. Nehmen Sie das eigentlich für sich als einen guten Arbeitsnachweis Ihrer Kanzlerschaft?  [Nein, sie steigt schon und ist gestiegen in den zurückliegenden vier Jahren.</p>
00:45:30	<p>weil diejenigen, die Erwerbsminderung haben, also die früher aus dem Berufsleben ausscheiden, heute oft keinen Rentenanspruch haben, der ausreicht. Deshalb müssen wir, und auch das ist Teil unserer Vorhaben, bei der Erwerbsminderung, -</p>	

	<p>minderungsrente etwas machen, dass diese Menschen bessere Anerkennungszeiten bekommen und zweitens - weil wir jetzt an einem geschlossenen Rentenkonzept arbeiten und weil wir ja auch in den nächsten vier Jahren noch Projekte für, vor uns haben, darüber sprechen wir heute ja auch, und wir haben einen weiteren Beitrag gegen ^</p>	<p>[Warum haben Sie es nicht gemacht? - In den zurückliegenden vier Jahren?</p>
00:46:00	<p>den Kampf gegen Altersarmut, dass wir nämlich die Rentenerz, -anerkennungszeiten für Mütter, die ihre Kinder vor 1992 bekommen haben, aufstocken wollen, von einem Jahr auf zwei Jahre. Diese Mütter bekommen heute nur ein Jahr. Alle Mütter, die ihre Kinder nach 1992 bekommen haben, drei Jahre. Pro Jahr macht das pro Monat ein Volumen, immerhin, von 28 Euro aus. Auch das ist ein Beitrag gegen Altersarmut. Also Verbesserung der Erwerbsminderungsrente, 850 Euro für alle, die 40 Jahre</p>	
00:46:30	<p>gearbeitet haben und privat vorgesorgt haben plus bessere Anerkennung von Rentenerziehungszeiten. Das ist unser Konzept und das werden wir umsetzen.</p>	<p>Das kommt also erst noch und ^ konnte in den zurückliegenden vier Jahren noch nicht gemacht werden. Herr Steinbrück, sowohl Sie als auch Ihre Frau, die Lehrerin war, bekommen eine Pension. Bei Frau Merkel ist die Situation ähnlich, sie wird eine Pension bekommen, ihr Mann, der Professor ist, wird auch eine Pension bekommen. Pensionen</p>

	<p>sind, das weiß jeder, deutlich höher als die Renten. Gehen Sie an diese Ungerechtigkeit</p>
<p>00:47:00</p> <p>Nein, es hat schon eine Angleichung gegeben. Ich denke, man wird den, wird den Weg weitergehen müssen. Es kann nicht sein, dass die Pensionen für diejenigen im öffentlichen Dienst ^ besser behandelt werden oder stärker steigen als die aus der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung. Ich kann mich erinnern, dass in meiner Zeit als Ministerpräsident eine solche Anpassung in Nordrhein-Westfalen schon einmal erfolgt ist und diesen Weg wird man unter Gleichbehandlungs- und ^ Gerechtigkeitsaspekten weiter, weiter, weitergehen</p>	<p>auch nicht ran, weil Sie am eigenen Ast sägen müssten?</p>
<p>00:47:30</p> <p>müssen.</p> <p>Ja, aber ich erkläre Ihnen, dass das für mich selbstverständlich ist. Ich will ja keine Unwuchten dort haben und ich weiß, dass viele, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, die Rentenversicherungsbeiträge gezahlt haben, sehr genau hingucken wie das auch mit dem öffentlichen Dienst ist.</p> <p>Wenn - die Pensionen müssen in ihrer Entwicklung fair gekoppelt werden an das, was in der umlagefinanzierten</p>	<p>[Haben Sie aber nicht vor, soweit ich Ihr Programm lese, oder?</p> <p>Sie sagen uns also heute Abend, das wäre eine echte Neuigkeit, dass Sie die Pensionen begrenzen wollen?</p>

	<p>gesetzlichen Rentenversicherung stattfindet.</p> <p>Dass die Zuwächse in der, bei den,</p>	<p>Was heißt fair gekoppelt?</p>
00:48:00	<p>bei den Pensionen im öffentlichen Dienst nicht überproportional sein können gegenüber den ^ Entwicklungen des Rentenniveaus.</p> <p>Das weiß ich jetzt aus dem Kopf nicht, welche Zahlen da im Einzelnen, das können Sie ja nicht aus mir herauskitzeln, jetzt.</p> <p>[Nein, es reicht, es reicht doch völlig die qualitative Aussage, dass es eine faire Behandlung geben muss und einen Drift, eine Schere es zwischen den Pensionen im öffentlichen Dienst und in der gesetzlichen, umlagefinanzierten Rente nicht geben darf. Die Aussage ist doch in sich, wie ich finde, schlüssig.</p> <p>[Also, ich finde da müssen jetzt die Polizisten,</p>	<p>Und wo ist überproportional?</p> <p>Weil Sie es uns angeboten haben, deshalb habe ich interessiert nachgefragt, was Sie da vorhaben.</p> <p>Und...</p>
00:48:30	<p>die Justizvollzugsbeamten, die Lehrer und alle mal ganz genau hinhören. Das sind oft ^ Menschen, ^ die sehr, sehr wenig ^ verdienen, dass ^ wenn man Pensionen hört, denkt man immer - an ^ Staatssekretäre oder ähnliches oder an uns. ^ Es sind Menschen, die ein sehr kleines Gehalt haben und die müssen jetzt schon mal aufmerksam bei der SPD noch mal nachfragen, was da in - ^ Planung ist, denn ^ diese Pensionen werden versteuert, das ist auch anders als ^</p>	<p>[an Sie, an Herrn Steinbrück.</p>

00:49:00	<p>das bei der Rente ist und wir [Ja. dürfen nicht vergessen, dass viele Menschen, die als Facharbeiter arbeiten, auch noch eine Betriebsrente haben. Das heißt, dass man nicht einfach Pensionen und gesetzliche Rente miteinander vergleichen kann und ^ die - überwiegende Mehrzahl von ^ Beamten bei uns in Deutschland sind Menschen mit einem sehr kleinen Gehalt, vom Soldaten über den Polizisten ^ bis ^ zum Justizvollzugsbeamten oder gegebenenfalls auch Feuerwehrmann. Also Achtung, kann ich nur sagen.</p>	<p>RAAB: [Frau Merkel, ich muss Sie kurz darauf aufmerksam machen, dass Sie deutlich mehr geredet haben als</p>
00:49:30	<p>Nein, die Beschlusslage der SPD ist, dass das Rentenalter auf 67 in der Perspektive bis 2029 erhöht werden soll,</p>	<p>Herr Steinbrück bisher, vielleicht mal ein bisschen - darauf achtgeben. Herr Steinbrück, im Wahlprogramm der SPD steht, ^ das Rentenprogramm, ^ - das Rentenalter wird wieder auf 65 Jahre - gesenkt. So, jetzt überraschende Nachricht, diese Woche, Sie wollen es bei der Rente mit 67 belassen. Fallen Sie da gerade Ihrer eigenen Partei in den Rücken?</p>
00:50:00	<p>unter der Bedingung, dass wir ^ weitere Fortschritte bei der Beschäftigung Sozialversicherungspflichtiger über 60-Jähriger haben und diese Entwicklung lässt sich ganz positiv an. Und dann ist irgendwann ein Überprüfungszeitraum festzulegen, wo festgestellt wird, ob diese Entwicklung</p>	

	<p>weiter positiv voranschreitet oder nicht, und daraus sind dann Konsequenzen zu ziehen.</p>	<p>[Aber... [^^ Ihre, ^ Mitstreiterin, Frau ^ Schwesig, aus Ihrem Kompetenzteam hat gerade diese Woche noch bei Frau Illner in der Sendung vehement die Rente mit 65 gefordert und sich ausdrücklich auch noch mal für die Rente</p>
<p>00:50:30</p>	<p>[Doch, gerade gerne mit Frau Schwesig. Aber es ändert nichts daran, dass es eine klare Beschlusslage des SPD-Parteivorstandes gibt, ^ des SPD-Parteitages gibt, ich glaube aus dem Dezember 2011, wo das so dargestellt ist, wie ich es schildere mit Blick auf die Kopplung an die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten 60- bis 65-Jährigen. Es kommt darauf an, dass wir Brücken bauen, weil wir wissen, nicht jeder kann bis 67 arbeiten, diejenigen haben kaputte Knochen.</p>	<p>mit 67 entschuldigt, die mit Ihnen zusammen eingeführt wurde. Hätten Sie vielleicht... ^^ Kommunizieren Sie nicht miteinander oder ma, macht bei Ihnen jeder was er will? [Also [Ja. [Ja, aber...</p>
<p>00:51:00</p>	<p>Entschuldigen Sie, ich würde das ganz gerne ausführen, ^ die haben kaputte Knochen, sind ausgebrannt. Wir bauen eine erste Brücke, indem wir in unserem Rentenkonzept, das einzige Rentenkonzept, das vorliegt von einer Partei, sagen, diejenigen, die 45 Versicherungsjahre haben, Versicherungsjahre, nicht Beitragsjahre, die sollen mit 63 abschlagsfrei in die Rente gehen können. Das</p>	

	<p>ist eine Brücke vor dem Hintergrund des enormen demographischen Drucks, der auf unserer Altersversorgung lastet.</p>	<p>Aber wie sieht es denn aus mit einer flexiblen Gestaltung? Es gibt doch Leute, die wollen mit 70 noch arbeiten, dann gibt es welche,</p>
<p>00:51:30</p>	<p>[Ja, zwei Legislaturperioden in dem Amt.</p> <p>[Ja, ich bin ins Gelingen verliebt, Herr - Ja. - -</p> <p>Sie meinen jetzt die Flexibilisierung? Da kommen wir vielleicht eines Tages hin, und zwar mit den Argumenten, ^ die Sie genannt haben. - Den Argumenten, dass viele sagen, ,also ich möchte gerne etwas länger arbeiten, ich kann noch etwas länger arbeiten, ich fühle mich auch noch fit‘ und einige sagen ,nein, du kannst nicht mehr von mir erwarten, dass ich als Pflegerin</p>	<p>die sagen schon mit 55 ,Ich kann nicht mehr‘. Sind, Sie sind 66, Sie wollen ja auch noch ein bisschen arbeiten, der Zug läuft... Ja, oder wenn es schlecht läuft, drei Wochen. - Und ^</p> <p>Das ist keine Alternative?</p> <p>[Exakt.</p>
<p>00:52:00</p>	<p>mit 64 oder 65 noch diesen 90 Kilo schweren Steinbrück hebe‘. Und ich möchte auch nicht unbedingt, dass ein Busfahrer im intensiven Stadtverkehr noch einen Schulbus fährt und der sagt, ,das will ich auch nicht‘. Das heißt, es wird darum gehen, in der weiteren Debatte, solche Flexibilisierungen zuzulassen. Im Übrigen, die Mütterrente, die Frau Merkel angesprochen hat, die hätte sie ja in dieser Legislatur verwirklichen</p>	

	<p>können. Sie hätte nur einen Gesetzentwurf vorlegen müssen und dann hätte die SPD sich sehr konstruktiv mit der Anerkennung von Erziehungszeiten der vor 1992 geborenen</p>
00:52:30	<p>Kinder beschäftigt. Sie hätten allerdings in dem Gesetzesentwurf auch begründen müssen, wie es finanziert werden soll. Denn ein Rentenpunkt hätte bedeutet 6,5 Milliarden Euro. 2 Rentenpunkte hätte die Finanzierung von 13 Milliarden Euro dann zur Begründung bringen müssen.</p> <p>ILLNER: Mmh. Wie das am Ende finanziert wird, das müsste man die SPD jetzt genauso hart und ^ nachträglich fragen. Wir müssen und wollen allerdings zu einem nächsten großen Thema kommen, was die Menschen belastet, und zwar zur Energiewende. Da haben viele das Gefühl, dass ^ nicht nur die Preise in die Höhe</p>
00:53:00	<p>schießen, sondern man ein gutes Management eigentlich so gar nicht erkennen kann, Frau Merkel. Sie haben nach der Katastrophe von Fukushima damals etwas für Sie relativ besonderes getan, Sie haben sich sehr schnell von der Atomkraft verabschiedet, haben quasi im Affekt regiert. Ist es ^ heute so, dass Sie sagen würden, war nicht gut, hätte ich noch ein bisschen darüber nachdenken sollen?</p> <p>Absolut das Gegenteil und wenn ich ^ sehe, was in diesen Tagen in Fukushima diskutiert wird, dann bin ich</p>

	noch mehr davon überzeugt, dass es richtig war - und	
00:53:30	<p>ich habe ^ entschieden aufgrund einer völlig veränderten Situation und diese Entscheidung war dringend notwendig. Ich möchte nur noch ein Wort sagen zu der Bezahlung der Rente. Wir haben, warum haben wir die Anerkennung der Erziehungszeiten jetzt noch nicht gemacht? Weil wir am Anfang vor vier Jahren oder drei Jahren noch nicht die Puffer, die Rücklagen in der Rentenversicherung hatten wie jetzt. Wir konnten den Rentenversicherungsbeitrag senken, haben trotzdem noch Geld, weil wir so viele Arbeitsplätze haben, weil wir so viele Beschäftigte haben. Und deshalb ^ ist das jetzt in dieser Situation machbar.</p>	
00:54:00	<p>So, jetzt kommt die Energie - - jetzt kommt die Energie.</p> <p>[Absolut - - sie sind...</p> <p>Wir sind uns einig, dass Strom bezahlbar sein muss, und dass die Versorgung sicher sein muss. Und gleichzeitig - will die übergroße Mehrzahl der Menschen in Deutschland, erfreulicherweise auch parteiübergreifend, dass wir die Energiewende schaffen.</p>	<p>[Gut, Frau Merkel, wir müssen Sie bitten, dass Sie bei diesem Thema bleiben - - weil Sie sagen, Sie haben den Menschen viele Milliarden gegeben, aber 20 Milliarden sind übrigens die Belastungen aus der Energiewende. Also noch mal die Frage, können Sie den Bürgern dieses Landes das weiter zumuten, dass die Preise steigen und eigentlich keiner weiß, was hinterher dann noch kommt?</p> <p>[Ja.</p>
00:54:30	Und die Welt ist der	

	<p>Überzeugung, schaffen, wenn es einer schaffen kann, dann können es die Deutschen schaffen. Das ist nicht einfach, aber ^ wir können diesen Weg machen und werden damit auch eines Tages bessere Exportchancen haben. Jetzt haben wir über die Jahre mit dem Gesetz zur erneuerbaren Energie in der Tat die Umlage ^ immer weiter, hat sich erhöht. Dass die Photovoltaik eine so rasante Entwicklung nimmt, war vor Jahr und Tag nicht bekannt. Als wir noch in der Großen Koalition das Gesetz zur Förderung der Photovoltaik</p>	<p>[Mmh.</p>
00:55:00	<p>gemacht haben, ich habe dem genauso zugestimmt wie der Umweltminister Gabriel, haben wir nicht gewusst, welcher Boom daraus entsteht. Und jetzt heißt es, wir brauchen dringend eine Novelle des EEG, ich hätte sie gerne vor der Wahl gemacht, aber da ist es zu keiner Einigung gekommen, das können nur Bund und Länder gemeinsam, also müssen wir es unmittelbar danach machen. Und wir müssen den Ausbau erneuerbarer Energien anpassen an den Ausbau von Leitungssystemen und anpassen natürlich auch an die notwendige Grundlastversorgung. Das kann gelingen</p>	<p>[Und das alles bezahlt - der Bürger. [Mmh.</p>
00:55:30	<p>und dazu müssen wir handeln und zwar möglichst morgen und wenn nicht dann, am, sofort nach dem Wahltag.</p>	<p>[Übermorgen  KLOEPPEL: ^ Sie haben es gerade in die Runde geworfen, Sie haben versucht, das im Bundesrat durchzubekommen, der von der SPD dominiert wird. Warum war das so</p>

	<p>schwer mit Ihnen eine solche quasi Erneuerung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes durchzubringen?</p> <p>^ Man muss sich daran erinnern, dass Herr Altmaier, als der zuständige Minister, über ein Wochenende ziemlich wie Zieten aus dem Busch gekommen ist. Und ja, teilweise seine eigenen Kabinettsmitglieder nicht ^ in den Film gesetzt hat und die Bundesländer auch nicht. Und das hat schon dazu geführt,</p>
00:56:00	<p>dass es erhebliche Verwerfungen gibt. Aber ansonsten fangen wir mal damit an, dass es nach allgemeiner Expertentmeinung das ^ Management dieser Energiewende ein Desaster ist in Deutschland. Und das sagt nicht die Abteilung ‚Agitation und Propaganda‘ der SPD. Sondern das augenblickliche Management ist die größte Investitionsbremse, die wir haben. ^ Energiemanager haben einen dicken Hals, weil sie in Berlin ungefähr vier oder fünf Ministerien anlaufen müssen, um herauszukriegen, was ist die energiepolitische Haltung der Bundesregierung? So, ansonsten, über die einzelnen Schritte, ja, wir werden so schnell wie möglich die</p>
00:56:30	<p>Stromsteuer senken müssen, damit die Menschen schnell eine Entlastung haben bei den Strompreisen. Aber der zweite Schritt wird sein müssen, eine umfassende Novelle des EEG, auch mit</p>

	<p>der Beseitigung von Überförderungstatbeständen, mit der Blick, mit Blick auf zu viele Ausnahmetatbestände. Ich stimme zu, wir müssen den Ausbau der erneuerbaren Energien harmonisieren mit dem Ausbau der Leitungen. Wir werden einen sehr viel stärkeren Akzent setzen müssen auf Energieeffizienz und wir werden dafür Sorge tragen müssen, dass mit Blick auf die Erzeugungskapazitäten, auch von Gaskraftwerken, von Kohlekraftwerken, die wir</p>	
00:57:00	<p>als Regelenergie brauchen, auch mehr Marktwirtschaft wieder einzieht, sodass es Investoren gibt, die auch in diese Kraftwerke Standby investieren.</p>	<p>ILLNER: [Herr Steinbrück, jetzt geschieht etwas Hochinteressantes, Siegmund Gabriel meldet sich nicht zum ersten Mal in Ihrem Wahlkampf und sagt, dass er befürchtet, dass mit dieser Energiewende eine Deindustrialisierung Deutschlands drohe. Das ist im Grunde genommen wortgleich FDP-Aussage. Haben Sie damit nicht Ihren nun realen verbliebenen Koalitionspartner, die Grünen nämlich, sowas von vor den Kopf gestoßen?</p>
00:57:30	<p>Nein, aber wir dürfen uns, bezogen auf den Industriestandort Bundesrepublik Deutschland auch von den Grünen unterscheiden. Die SPD ist dafür, dass diese industrielle Wertschöpfungskette in Deutschland erhalten bleibt. Mit den sehr hoch qualifizierten Arbeit-</p>	<p>[Mmh.</p>

	<p>nehmern und Arbeitnehmern. Und ich rede von Wertschöpfungsketten, nicht nur von einzelnen Industrieunternehmen. Das ist einer der Gründe, warum wir im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sehr stark dastehen, weil wir nach wie vor ein sehr starkes produzierendes Gewerbe, mit sehr vielen auch produktionsorientierten Dienstleistungen, die in einem sehr viel größeren Umfang</p>	<p>[Ja</p>
<p>00:58:00</p>	<p>zur jährlichen Wirtschaftskraft beitragen, als zum Beispiel im Mutterland der industriellen Revolution, Großbritannien oder auch in Frankreich.</p> <p>Na erst einmal ist dafür Sorge zu tragen, dass er nicht weiter steigt. Und schon allein das ist ein Problem. Ich kann mich erinnern an eine Rede, ich kann mich erinnern an eine Rede von Frau Merkel, ^ und das sage ich ohne Arg, weil von dem damaligen Kenntnisstand her argumentiert, da hieß es, dass wir eine Steigerung von maximal 3,5 Cent pro</p>	<p>KLOEPPEL: [Ganz konkret um - ganz konkret, um wie viel wird der Strompreis für eine normale Familie - sinken, pro Kilowattstunde, wenn wir eine Regierung Steinbrück haben?</p> <p>[Das heißt, Sie werden auch nicht dafür sorgen können, dass er sinkt?</p>
<p>00:58:30</p>	<p>Kilowattstunde haben, mit Blick auf die Förderung der erneuerbaren Energien. Wir gehen jetzt einer Entwicklung entgegen, wo das bis sechs steigen kann, sechs Cent pro Kilowattstunde. Das ist zu dämpfen, aber ich verspreche nichts vollmundig, was ich nicht halten kann. Wir werden dafür sorgen,</p>	<p>[Das heißt, der Strompreis für eine Familie wird genauso hoch bleiben unter einer Steinbrück-Regierung</p>

	<p>wie bisher oder sogar noch weiter steigen?</p>
<p>00:59:00</p>	<p>WILL: Frau Merkel, wir kommen zu einem der großen Zukunftsprobleme, die Sie in acht Jahren Kanzlerschaft nicht haben lösen können. Das Gesundheitswesen ist genau wie die Rente und Pflege nicht zukunftsfest finanziert. Die Kassenpatienten stehen immer schlechter da. Der medizinische Dienst der Krankenkassen hat gerade festgestellt, dass Kassenpatienten Hörgeräte, ^ Krankengeld und Rehas verweigert werden, und zwar massenhaft. Können Sie in dem Zusammenhang,</p>
<p>00:59:30</p> <p>Ja, das kann ich. ^ Wir haben die, wir haben einen Anspruch und der heißt, dass jeder Mensch die Gesundheitsversorgung bekommt, die er braucht. Und in Deutschland ist dies im großen Ganzen, Einzelfälle kann ich nicht ^ ausschließen, da komme ich gleich drauf ^ ist dies</p>	<p>mit Blick auf die gesetzlich Krankenversicherten noch mal selbstbewusst wiederholen, dass Ihre Regierung, die Schwarz-Gelbe Bundesregierung die erfolgreichste seit der Wiedervereinigung ist? [Weil Sie noch nie im Wartezimmer gesessen haben?</p> <p>[Aber die - ich darf noch</p>

	gewährleistet und ja ^ ich habe mir deshalb	mal sagen, massenhaft werden
01:00:00	<p>natürlich, ich habe mir deshalb natürlich die Vorbereitung noch mal angeschaut. Das Krankengeld steigt Jahr für Jahr, die ^ Ausgaben für die ^ Hilfsmittel, wozu auch Hörgeräte gehören, auch. Auch die Ausgaben für die Kuren sind in keiner Weise gekürzt worden, das heißt, ^ hier muss natürlich dem Einzelfall nachgegangen werden. Wir haben auch im Übrigen ein Gesetz gemacht, was die Rechte des Patienten stärkt und jeder, der sich ungerecht behandelt fühlt, kann sich hier auch bei der Bundesregierung</p>	Hörgeräte, Krankengeld und - Rehas verweigert.
01:00:30	<p>oder bei dem zuständigen Bundesausschuss melden. ^ Ich glaube, dass wir ^ st, insgesamt stolz sein können auf unser Gesundheitswesen, dass wir stolz sein können, auf diejenigen, die in dem Gesundheitswesen arbeiten, vor allen Dingen auch die Krankenschwester und Ähnliches gilt für die Pflege. Und trotzdem haben wir Probleme, zum Beispiel mit der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum. Deshalb haben wir ein Gesetz gemacht, was die Versorgung mit Ärzten im ländlichen Raum ^ verbessert. Wir werden sehr stark achten müssen,</p>	
01:01:00	<p>dass die Telemedizin sich gut entwickelt. Wir haben jetzt gemeinsam übrigens mit dem Bundesrat noch mal eine Milliarde Euro mehr in die Krankenhäuser gegeben, damit die Tarifsteigerungen dort aufgefangen werden können. Da muss man weiter arbeiten, das ist gar keine Frage, denn der</p>	

<p>medizinische Fortschritt ist Gott sei Dank ^ sehr rasant. Aber insgesamt ^ ist unser Gesundheitssystem ^ - zuverlässig.</p>	<p>Herr Steinbrück, wie sind sie versichert, privat oder gesetzlich?</p> <p>Ich bin privat versichert ^ - und</p>
<p>01:01:30 Ich bin auch privat versichert, ja.</p>	<p>habe eine Beihilfe, ^ ich... [Sie auch, Frau Merkel?</p> <p>Ich sage voraus, dass das augenblickliche Krankenversicherungssys- tem in fünf bis sechs Jahren an die Wand fährt, wenn wir nicht zu Änderungen kommen. Wir werden gesetzliche und private Krankenversicherungen zusammenführen müssen in einer, in einer Bürgerversicherung, wo jeder einzahlt nach seiner Leistungsfähigkeit. ^ Ich sehe mit einer gewissen Genugtuung, dass die CDU/CSU offenbar von ihrem Kopfpauschalen- Modell Abstand genommen hat, wo die Sekretärin genauso viel hätte zahlen müssen, wie der Vorstandsvorsitzende,</p>
<p>01:02:00</p>	<p>darüber entfällt auch diese duale Auseinandersetzung, wer ist krankenversichert privat oder wer ist gesetzlich. Das könnte auch ein Beitrag sein, um im ländlichen Raum</p> <p>[Und was heißt dann eine - Einheitskasse? Heißt das dann nicht im Zweifel, dass sich demnächst alle, Sie beide auch, die Sie privat versichert sind, auf schlechte Kassenleistungen einstellen müssen?</p> <p>Überhaupt nicht. Im Gegenteil, es könnte sein, dass es zu einem sehr viel besseren Ausgleich auch von Risiken kommt. Und</p>

	<p>dafür auch zu einer günstigeren Situation einer solchen Bürgerversicherung. Wir haben im Augenblick eine sehr einseitige Risikoverteilung, im Übrigen</p>
<p>01:02:30</p>	<p>die Krankenversicherungsbeiträge der gesetzlichen Krankenversicherungen steigen, insbesondere für die älteren Mitbürger und Mitbürgerinnen, gerade zu einem Zeitpunkt, wo sie eigentlich geringere Beiträge gerne zahlen wollten. Und wir haben auch eine Auswirkung darüber in der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum. Warum? Weil die Ärzte natürlich alle dort hinziehen, wo sie die günstigen Privatversicherten haben und das ist im Ballungsraum. Und daher entleert sich darüber der ländliche Raum.</p> <p style="text-align: right;">RAAB: Herr Steinbrück, Sie haben ^ das eben schon mal angesprochen, den Pflege-Bahr, eine private</p>
<p>01:03:00</p> <p>[Ja</p> <p>Ich kann mich an den, an das Zitat zwar nicht erinnern, Herr Raab, aber</p>	<p>Zusatzverri^versicherung zur Pflege, ^ benannt nach ^ Herrn Bahr. Und ^ Sie haben diesen Pflege-Bahr als Kabarettnummer der Legislaturperiode bezeichnet. Nur mal, um Ihren Humor zu verstehen, habe, habe ich die ^ Pointe ^ nicht kapiert, oder was gibt es da zu lachen, wenn man ^ die Bürger zu mehr Eigenverantwortung erzieht und nicht immer direkt nach staatlicher Finanzierung ruft?</p> <p>[Ich mich sehr gut.</p>

	ich will das auch gar nicht dementieren. Sondern es ist in der Tat eine,
01:03:30	eine, eine Ersatzleistung, ganz erstaunlich. Statt eine umfassende Pflegereform zu machen, auf die ich gerne gleich zwei, drei Worte verlieren möchte, wird angeboten eine private Zusatzversicherung, die die meisten Menschen gar nicht bezahlen können. Die können sich das gar nicht leisten. Und die wird gefördert mit 5 Euro im Monat, mit 60 Euro im Jahr. Donnerwetter, ist das ein Durchbruch gewesen bei den Pflegeproblemen. Wir laufen in einen Pflegenotstand. Wir brauchen in den nächsten Jahren 120.000 mehr Pflegerinnen und Pfleger. Die kriegen wir aber nicht, wenn wir sie nicht besser bezahlen. Wenn wir
01:04:00	ihre Arbeitsbedingungen nicht erfüllen. Wir müssen einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff begründen, wo wir die Demenzerkrankung mit reinbekommen! Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger so lange wie möglich in ihren vertrauten häuslichen Verhältnissen sein kann! Wir müssen etwas für die Angehörigen tun! Und wir müssen nicht zuletzt etwas für das Pflegepersonal tun. Es hat, es gibt nach wie vor die, die, die obskure Situation, absurd, dass einige, die sich ausbilden lassen, übrigens auch als Erzieherinnen und Erzieher, teilweise mitfinanzieren müssen ihre Ausbildung. Was nicht geschehen darf, ist, dass wir die Studiengebühren für die

<p>01:04:30</p> <p>Also da möchte ich dann doch ^</p>	<p>akademisch</p> <p>Auszubildenden abschaffen, aber in diesen beruflichen - Zweigen, die hochwichtig sind, Erziehungsberufe und Pflegeberufe, Krankenpflege genauso wie Altenpflege, wir einige junge Leute nach wie vor dazu veranlassen, dass die mitbezahlen müssen ihre Ausbildung. Das sind nur drei oder vier Elemente einer umfassenden Pflegereform. Wir warten auf eine solche Pflegereform, nachdem doch diese Bundesregierung mit Frau Merkel im Jahr 2011 das Jahr der Pflege ausgerufen hat. Das ist wieder so eine - Schachtel im Schaufenster. Und dann gucken wir da rein und da ist nix drin.</p>
<p>01:05:00</p>	<p>etwas dazu sagen. Wir haben ein Pflegeneuordnungsgesetz verabschiedet, das weiß, denke ich, Herr Steinbrück auch. Weil wir, genauso wie die Sozialdemokraten der Meinung sind, ein Mensch muss in Würde altern können. Wir haben den Demenzbegriff dort zum ersten Mal aufgenommen. Wir haben 650.000 Menschen, die mehr Leistungen bekommen. Es gibt zwischen Bund und Ländern ein Bündnis für die bessere Ausbildung von Pflegekräften. Die Bundesagentur für Arbeit tut das auch in Verlängerung der Konjunkturprogramme, die wir mal gemeinsam beschlossen hatten.</p>
<p>01:05:30</p>	<p>Das heißt also, dass auf dem Gebiet nichts passiert ist falsch. Wir wissen allerdings</p>

	<p>auch, dass die Beiträge zur Pflegeversicherung steigen werden, weil es mehr Menschen gibt, die Pflege brauchen, und dass wir auch etwas tun müssen für den Fachkräfte^ - oder gegen die Fachkräftemangel, also für mehr Fachkräfte im Pflegebereich. Bund und Länder arbeiten hier bereits eng zusammen. Und wir haben in dieser Legislaturperiode auch noch den Mindestlohn für Pflegekräfte eingeführt, damit hier auch kein Dumping nach unten möglich ist.</p>
01:06:00	<p>Ich glaube das sind einige Schritte und das muss weiter entwickelt werden, das ist völlig klar.</p> <p style="text-align: right;">KLOEPPEL: Eine Hilfe, die die Bundesregierung beschlossen hat in dieser Legislaturperiode, ist das sogenannte Betreuungsgeld, Sie nennen das auch Herdprämie. Was haben Sie eigentlich für ein Problem damit, dass Frauen Wahlfreiheit bekommen - ob sie ihr Kind in die KiTa schicken oder ob sie es zu Hause erziehen? Wo ist die Schwierigkeit?</p> <p style="text-align: center;">Gar kein Problem, aber ich bin für eine tatsächliche Wahlfreiheit. - Ich bin für die tatsächliche Wahlfreiheit einer alleinerziehenden Frau, die erkennbar ohne Ausbau vom Kinderbetreuung gar keine Chancen hat,</p>
01:06:30	<p>diese Wahlfreiheit wirklich zur Geltung zu bringen. Und ich, mich wundert, dass es eine staatliche Transferleistung geben soll für jemanden, der eine andere staatliche Leistung nicht in Anspruch nehmen</p>

	<p>soll. - Diese, dieses Betreuungsgeld ist arbeitsmarktpolitisch falsch und es ist auch integrationspolitisch falsch. Integrationspolitisch brauchen wir gerade ein Angebot für die Kinder eher auch aus sozial schwächeren Schichten oder Kinder mit Migrationshintergrund, die Betreuungsangebote bekommen, auch mit Blick auf Sprachkompetenz. Und vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung</p>
<p>01:07:00</p>	<p>müssen wir allen Frauen faire Chancen bieten, erwerbstätig zu sein, wir brauchen dies dringend. Und das können sie nur, wenn es eine bessere und eine umfangreichere Kinderbetreuung gibt und deshalb werden wir als erstes dieses Betreuungsgeld abschaffen, schon im Rahmen der ersten 100 Tage mit mir als Bundeskanzler und dieses Geld hinein stecken in den Ausbau der Kinderbetreuung, in die frühkindliche Bildung und auch in das Erziehungspersonal.</p> <p>ILLNER: Frau Merkel, Sie gelten als die mh, mächtigste, erfolgreichste, mächtigste Frau der Welt und trotzdem haben Sie sich ausgerechnet</p>
<p>01:07:30</p>	<p>bei Verhandlungen von Horst Seehofer über den Tisch ziehen lassen, dieses Betreuungsgeld betreffend. Also da wechselte Betreuungsgeld gegen die Praxisgebührabschaffung. Sie lassen sich von Horst Seehofer über den Tisch ziehen?</p>

	<p>Also das Betreuungsgeld stammt aus der Zeit, als wir den Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz ^ festgelegt haben. Das hatte ^ gar nichts mit den Verhandlungen mit Horst Seehofer zu tun. Und das war nun in der Tat ein ^ ein Vorschlag und zwar Arbeitsministerin Ursula von der Leyen damals zu sagen, ‚wir brauchen ausreichend Kinderbetreuungsplätze</p>
<p>01:08:00</p>	<p>für Kinder unter 3 Jahren‘. Die haben wir jetzt glücklicherweise wirklich in hohem Maße geschaffen, das wird weiter geschehen müssen, über 800.000 neue Plätze. Und in dem Zusammenhang, ^ weil wir überzeugt sind, dass Familien selbst entscheiden sollen, wie sie leben wollen, das ist meine tiefe Überzeugung, haben wir in einem Gesamtpaket gesagt, ‚Rechtsanspruch für jeden, der es möchte und jede, die es möchte, auf einen KiTa-Platz‘. Und diejenigen, die keinerlei staatliche Förderung für die Kinderbetreuung in Anspruch nehmen,</p>
<p>01:08:30</p>	<p>bekommen das Betreuungsgeld, unbeschadet der Frage, ob die Mutter und der Vater arbeiten gehen oder nicht arbeiten gehen. Und deshalb glaube ich, ist uns hier etwas ganz, ganz Wichtiges gelungen, denn jeder, der Betreuung nachfragen möchte, hat jetzt das Recht darauf und ich bin eigentlich sehr froh, wir sollten auch nicht immer alles in den düstersten Farben schildern, dass da ein richtiger Fortschritt erzielt wurde.</p>

[Mmh.

[Machen wir nicht

WILL:  
[Machen wir einen Schnitt.

RAAB:

	<p>Ja, wir kommen zum Thema ^ Sicherheit, und da zieht der NSA-Skandal immer größere Kreise. - Da zapft also ein fremdes Land offenbar Millionen Daten.</p>
<p>01:09:00</p> <p>Nein, Herr Raab, wir haben es nach wie vor nicht geklärt, ^ das, was die NSA selber zu erkennen gibt, dass sie millionenfach Daten abfischt, inwieweit dies deutsche Bürger betrifft und damit deutsche Grundrechte verletzt werden. Wir haben nach wie vor ungeklärt, ob deutsche Unternehmen abgefischt werden. Es gibt einen englischen Nachrichtendienst, der sich dies geradezu</p>	<p>Und Herr Steinbrück, Sie haben der Kanzlerin Verletzung Ihres Amtseides vorgeworfen. Das können Sie jetzt hier noch mal persönlich machen, es sei denn, ^ Sie haben Ihre Meinung da geändert.</p>
<p>01:09:30</p> <p>zur Aufgabe gestellt hat. Wir wissen nach wie vor nicht, ob auch deutsche Dienststellen abgefischt werden, ob zum Beispiel europäische Einrichtungen verwandt werden oder abgehört werden, während wir mit den Amerikaner verhandeln, über ein transatlantisches Freihandelsabkommen. All dies ist ungeklärt. Und nur, entschuldigen Sie, nur noch zwei Sätze, Sie haben mich gefragt, ich antworte Ihnen gerne. Nur, weil Herr Pofalla mit einer Art Persilschein der NSA herumwedelt und sich auf die Apfelsinenkiste des Marktplatzes stellt und sagt, ‚Hiermit ist die NSA-Ausspähaffäre beendet‘, ist</p>	<p>[Das heißt der Vorwurf, der Vorwurf der Verletzung des Amtseides</p>

<p>01:10:00</p>	<p>dies keineswegs beendet.                  Sondern wir haben nach wie vor zu prüfen, welcher Schaden ist entstanden und was wird getan um diesen Schaden abzuwehren? Und ich muss gestehen, ich als ^ Bundeskanzler wäre nicht auf die Idee gekommen, in einer Bundespressekonferenz angesichts dieser Dramatik und dieses Ausmaßes der Persönlichkeitsverletzung zu sagen ‚Ich warte ab‘. Sondern ich hätte erwartet, dass ein deutscher Regierungschef, eine deutsche Regierungschefin so schnell wie möglich für Aufklärung sorgt und Abhilfe.                   Nee, ich habe den ja gerade ^^ erneut erhoben. Da ist Schaden, da entsteht Schaden an der Bundesrepublik Deutschland</p>	<p>[Also Sie bleiben bei Ihrem Vorwurf an Frau Merkel?                   Aber Sie würden den Vorwurf jetzt nicht wiederholen? Aus Höflichkeit? Oder?</p>
<p>01:10:30</p> <p>Also, das waren ja und sind sehr schwerwiegende Vorwürfe und selbstverständlich sind wir denen nachgegangen und in der Tat, ^ Herr Steinbrück, ich ^</p>	<p>und ich                   Ja, sie hat Ihren Amtseid zu wahrzunehmen, ja.</p>	<p>[Also Frau Merkel hat Ihren Amtseid verletzt?                   WILL:                  Frau Merkel verletzen Sie Ihren Amtseid, der da lautet Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, weil Sie die Deutschen von der massenhaften Ausspähung etwa durch die NSA und andere Geheimdienste eben nicht beschützen?</p>

01:11:00	<p>handle nicht erst und dann denke ich nach, sondern ich mache das umgekehrt und denke erst einmal nach, dann entscheide ich und dann handle ich. Und in dem Falle ging es darum, erstens wird auf deutschem Boden deutsches Recht eingehalten? Da hatten wir viele Fragen an die Amerikaner und ^ der NSA hat uns ja Auskunft (uv) gegeben durch ^ die zuständigen Mitarbeiter im Weißen Haus, also darauf muss ich erst einmal vertrauen, ich habe ^ keinen Anlass, dem nicht zu vertrauen und wenn</p>	[Und darauf vertrau
01:11:30	<p>neue Vorwürfe aufkommen werde ich denen natürlich sofort nachgehen. [Also, um das erst einmal festzuhalten, um das erst einmal festzuhalten, Frau Will, wenn es um Amtseide geht, finde ich es schon wichtig. Auf deutschem Boden haben wir im Augenblick keinen Anlass zu sehen, dass die NSA flächendeckend Deutsche ausspioniert. Richtig ist das, was Herr Steinbrück sagt, dass außerhalb des deutschen Staatsgebietes wir Länder haben, die für ein</p>	[Sie haben immer sehr genau Wert gelegt auf - deutsches Recht (uv)
01:12:00	<p>völlig anderes Datenschutzrecht haben, zum Beispiel Großbritannien, zum Beispiel die Vereinigten Staaten von Amerika, zum Beispiel Irland. Und deshalb ist die Sache natürlich, ^ sozusagen in mehreren Punkten abzu- arbeiten. Was passiert, was passiert auf deutschem Staatsgebiet und was passiert zum Beispiel in Europa? Und da arbeiten wir an einer gemeinsamen Datenschutzverordnung für Europa, bei der wir als Deutsche sofort gesagt haben, ,wir müssen, und</p>	[Ach.

	<p>werden davon noch ^ dabei auch von Frankreich unterstützt, wir müssen sicher stellen,</p>	
<p>01:12:30</p>	<p>dass Internetunternehmen, die in Europa tätig sind und Daten an dritte Staaten weitergeben, uns, den Europäern dies auch mitteilen' (uv) darauf verhandeln wir und ^ das muss mit Intensität weitergemacht werden.</p>	<p>[Die für uns entscheidende Frage für jeden, der im Internet unterwegs ist, die können Sie locker mit ,ja' oder ,nein' beantworten, wäre ich Ihnen im Angesicht der Redezeit auch dankbar für. Wenn ich eine Mail schreibe, von Köln nach Hürth, und die geht über die USA,</p>
<p>01:13:00</p>	<p>[Ja.</p> <p>Also, nochmal: Wenn Sie diese Mail schreiben und sie geht über die USA, dann gelten unterwegs die Datenschutzrechte der Staaten, die dort ^ das kann sein, wenn das nach dem Datenschutzrecht, ich weiß es Nein, also, ob sie gelesen wird, ob sie erfasst wird, jedes Land hat seine eigenen Dinge, und deswegen verhandeln wir international und deshalb hat zum Beispiel die Telekom ^ Vorschläge gemacht, wie man transparenter machen kann, dass seine Mails erst einmal nicht</p>	<p>davon haben Sie gerade nicht gesprochen, dann kann die also mitgelesen werden, ja?</p> <p>[Richtig, also ja. RAAB: [Also ja. Es ist so, das kann man dann auch beantworten.</p> <p>ILLNER: [(uv).</p> <p>[Mmh.</p>
<p>01:13:30</p>	<p>über den Atlantik erst einmal gehen, also da haben wir noch viel zu arbeiten, ist doch gar keine Frage.</p> <p>Also, ^ ich habe viele Dinge</p>	<p>[Entschuldigen Sie, das, das darf ich ergänzen, bitte.</p> <p>RAAB: [Wussten Sie, wussten Sie, dass es diesen Datenklau gibt, oder sind Sie auch erst durch Edward Snowden darauf hingewiesen worden?</p>

<p>in dem Ausmaß ^ nicht ^ gesehen, das muss ich ganz ehrlich sagen und ich bin sehr froh, dass es ja zum Beispiel in Amerika eine inneramerikanische Diskussion gibt, dass es Internetunternehmen gibt, die auch jetzt mal mit der Sprache rausrücken und sagen, wie sie sich bedrängt fühlen und diese Diskussion wird uns auch helfen internationale Abkommen, hinzubekommen.</p>	<p>Gut, das heißt Sie sind Herr Snowden dankbar? Guter Mann?</p>
<p>^ Das hab ich jetzt wiederum nicht gesagt. Ich sage nur, dass wir den internationalen Datenschutz verstärken müssen und ^ ob Herr Snowden nicht vielleicht das auch anderen hätte erzählen können, das möchte ich jetzt nicht bewerten.</p>	<p>Entschuldigung, da muss ich einhaken dürfen. Also.</p> <p>Ich höre Ihnen gerne zu.</p> <p>Nein. Er hat ja auch nicht Asyl hier beantragt und er wäre zu behandeln wie jeder andere, wenn er Asyl beantragt hätte und dazu hätte er nach Deutschland kommen müssen,</p> <p>WILL: [Sie hätten dann, (uv) wenn ich nochmal nachfragen darf.</p> <p>Hätten Sie tatsächlich Edward Snowden Asyl angeboten in Deutschland?</p>
<p>01:14:30</p>	<p>insofern stand das nicht an. Er hat sehr viel Zivilcourage bewiesen, er hat ^ zivilen Ungehorsam bewiesen, er musste wissen, dass er amerikanische Gesetze verletzt und in Kauf nimmt, dass er darüber auch in den USA verurteilt werden kann. Aber er war sehr behilflich, eine Debatte zu führen, die geführt werden muss. Ich</p> <p>ILLNER: [Mmh.</p> <p>[Mmh.</p>

	<p>will zurückkommen auf das, was Sie gerade ausgetauscht haben. Wenn ich zwischen Bonn und ^ Berlin von mir aus, telefoniere über Satelliten oder auch Emails verschicke, dann suchen die sich nicht den kürzesten Weg, sondern den günstigsten Weg. Und das bedeutet, dass sie teilweise</p>
<p>01:15:00</p> <p>[Das ist ja auch gerade der Grund, warum wir Abkommen wollen!</p>	<p>Satellitenkommunikation, über Transatlantikkabel oder insbesondere auch über Server, über Internet^giganten abgewickelt werden, die in den USA sitzen. Und nach Aussage der Amerikaner, amerikanischer Quellen, können die amerikanischen Behörden 75 Prozent des gesamten Internetverkehrs in den USA abfischen, speichern und auswerten. Und davon sind selbstverständlich Rechte deutscher Staatsbürger betroffen. Was denn sonst? Natürlich! Es wird darüber, es wird darüber, es wird darüber ^, es wird darüber nicht nur</p>
<p>01:15:30</p>	<p>Grundrechte verletzt, deutsche Grundrechte, Postfernmeldegeheimnis, Briefgeheimnis, Artikel 10, sondern das ist auch strafrechtlich relevant in Deutschland. Und das wird ^ bisher von der Bundesregierung wie ich finde, bisher mit einer Lässigkeit behandelt werden, dass (uv)</p> <p>[Mmh.</p> <p>[Die Sie gegebenenfalls erschreckt und verunsichert, deshalb diese letzte Frage zu dem Komplex, Frau Merkel: Warum schließt man mit der NSA ein no-spy-Abkommen ab, also ein Abkommen, wo man sich verpflichtet, nicht mehr zu spionieren,</p>

	<p>wenn man dann etwas ausschliesse, wo man vorgibt, es ohnehin nicht zu tun. Warum brauchen Sie ein solches Abkommen, wenn Sie eigentlich den</p>
<p>01:16:00</p> <p>Also, von Lässigkeit kann im Umgang überhaupt keine Rede sein, sondern wir verhandeln mit Nachdruck, dass wir erst einmal in Europa ein einheitliches Datenschutzabkommen bekommen. Da haben wir schon alle Hände voll zu tun. Und dann ein internationales Abkommen. Und genau deshalb, weil wir nicht in jedem Einzelfall, wie wir es jetzt zum Beispiel haben am Beispiel ^ von Bad Aibling, einem Standort des BND, wo dann gesagt wird, ‚wir halten deutsches Recht ein‘. Sondern, weil wir es schwarz auf weiß haben wollen, weil natürlich doch ^ Vertrauen ^verloren gegangen ist</p>	<p>amerikanischen Freunden so vertrauen, wie Sie sagen?</p> <p>[Mmh.]</p>
<p>01:16:30</p> <p>durch die ganzen Vorwürfe. Und eh‘ man, Das sage ich auch, selbstverständlich. Aber das sagen nicht nur wir hier, sondern das sagen sogar viele Menschen in Amerika. Und die Internetfirmen sind ja geradezu froh, dass sie jetzt mal ^ sozusagen rausrücken können, ^ was für Auflagen sie zum Teil haben.</p>	<p>[Das sagen Sie auch?</p> <p>Die nächste Frage geht an Peer Steinbrück und ist wie Sie (uv).</p> <p>KLOEPPEL: Wir haben gerade viel über Amerika gesprochen, es gibt offensichtlich viele Kontaktpunkte, nicht nur im Internet, sondern auch auf anderen</p>

	<p>Knotenpunkten der Welt. Ein Thema, das uns in den letzten Tagen intensiv beschäftigt hat,</p>
<p>01:17:00</p>	<p>gestern Abend auch noch mal ganz besonders beschäftigt hat, ist die Frage, das Vorgehen der Amerikaner aber auch anderer Staaten bezüglich des Giftgasangriffes, möglicher weiterer Giftgasangriffe in Syrien. Die Amerikaner haben entschieden, wir lassen jetzt erst einmal den Kongress entscheiden, behalten uns aber durchaus vor, eigenständig, wenn der Kongress sagt ‚Ja, ist in Ordnung‘, in Syrien militärisch einzugreifen‘. Würde sich Deutschland unter Ihrer Führung an einer Beteiligung, zu einer Beteiligung entschließen eines Militärschlages gegen Syrien?</p>
<p>01:17:30</p>	<p>Nein. - Und ich würde es auch höchst bedauern, wenn sich die Amerikaner, ohne ein entsprechendes völkerrechtliches Mandat zu haben, sich isoliert zu einem Militärschlag entscheiden würden, weil ich glaube, dass ^ das die Lage der Menschen in Syrien nicht verbessert, dass damit die Gewalt ja nicht beendet ist und vor allen Dingen, dass die Völkergemeinschaft auseinander getrieben wird. Und der UN-Sicherheitsrat und die ganze UN dabei entwertet wird. Und ich habe deshalb die Hoffnung, dass nächste Woche auf dem G20-Treffen,</p>
<p>01:18:00</p>	<p>an dem Frau Merkel</p>

	<p>teilnimmt, mindestens am Rande sich die wichtigsten Partner zusammensetzen um zu erörtern, wie dann der Druck auf Syrien erhöht werden kann. Jenseits und unter der Schwelle eines militärischen Strafaktes, den ich nicht ^ für richtig halte.</p>	<p>Wenn Amerika aber zuschlägt, würden Sie dann als Bundeskanzler beispielsweise deutsche Besatzungsmitglieder aus AWACS-Flugzeugen abziehen, dass deutsche Schiffe beispielsweise, die im Mittelmeer Lauschaktionen durchführen, dass die das nicht mehr tun dürfen, dass die Patriotbatterien, die in der Türkei stehen, abgezogen werden, würden Sie das alles tun?</p>
<p>01:18:30</p>	<p>Ich würde als Bundeskanzler nur auf der Grundlage eines völkerrechtlichen Mandates agieren und selbstverständlich nach einer entsprechenden Beschlusslage des deutschen Bundestages.</p> <p>Nein, ich würde jedenfalls dafür Sorge tragen, dass deutsche Truppeneinheiten, auch die Patrioteinheiten an der türkisch-syrischen Grenze, in keinsten Weise involviert sind und in der Tat, dass Bundeswehr-offiziere, darum geht es ja,</p>	<p>Das heißt also, Sie würden diese Batterien abziehen, Sie würden keine Besatzungsmitglieder in diese Flugzeuge hinein lassen?</p>
<p>01:19:00</p>	<p>die teilweise zu der Besatzung von AWACS-</p>	

	<p>Maschinen gehören, nicht in die Verlegenheit die Bundesrepublik Deutschland bringen, auch nur indirekt, an einem Militärschlag, der, ich wiederhole, kein völkerrechtliches Mandat hätte, beteiligt sind. Und ich habe die große Hoffnung, dass wir auf dem G20-Treffen eine Art Vierergruppe zusammen bringen, die auch in der Lage sind, entschuldigen Sie, nur noch diesen Satz, die in der Lage sind, auch auf Russland und China noch mal zuzugehen, vor dem Hintergrund eines völkerrechtswidrigen Aktes, wie es ihn so in diesem Jahrhundert noch nicht gegeben hat.</p>	<p>ILLNER: [Frau Bundeskanzlerin [Das sagten Sie schon Herr Steinbrück, [Ja? Entsprechend einzuwirken.  Damit ist auch dieser Satz zu Ende.</p>
<p>01:19:30</p> <p>Nein. Deutschland wird sich nicht beteiligen. Und Deutschland kann sich im Übrigen auch nur beteiligen, wenn ^ es ein ^ NATO-Mandat gibt oder ein UN-Mandat gibt oder ein europäisches Mandat. Wir versuchen ^ alles und da bin ich deshalb auch sehr froh, dass wir dafür Tage Zeit für haben, dass wir den UN-Prozess jetzt nochmal in Gang bringen. Selbstverständlich werde ich, so wie ich jetzt in dieser Woche schon mit dem russischen Präsidenten</p>		<p>Angela Merkel, wie würden Sie entscheiden, wie werden Sie sich verhalten? Wird sich Deutschland an einem Militärschlag gegen Syrien beteiligen? Ja oder nein?</p>
<p>01:20:00</p>	<p>telefoniert habe am Rande von G20 viele Gespräche führen. Wir haben schon das ganze G8-Treffen im Juli damit verbracht, dass wir uns</p>	

	<p>mit Syrien sehr stark beschäftigt haben und es muss ein politischer Prozess in Gang kommen. Deutschland wird sich aber in keinem Fall an der Sache beteiligen. Dennoch brauchen wir eine kollektive Antwort der UNO auf den Missbrauch und die Verletzung des Chemie- ^ waffenabkommens</p>	
<p>01:20:30</p>	<p>und des Chemieeinsatzes und ^ das ist nicht ein ^ irgendein kleines Vorkommnis, das ist ein - wahnsinniges Verbrechen. Das ist eine Konvention von 1925, die hier einfach gebrochen wurde. Und da werde ich auch mit dem russischen Präsidenten und dem chinesischen Präsidenten alles daran setzen, dass wir hier eine gemeinsame Antwort der Vereinten Nationen bekommen.</p> <p>[Nein, wir sind, Entschuldigung! Bei der UNO sind wir immer dabei, wir sind dafür und das ist Deutschlands Aufgabe, eine gemeinsame Haltung der Völkergemeinschaft zu finden</p>	<p>[Also dann sind wir für eine Reaktion, nur eben nicht dabei. Wir kommen jetzt zu den letzten Fragen an Sie.</p>
<p>01:21:00</p>	<p>und alles zu tun, dass die Völkergemeinschaft auf so einen Vorfall nicht gespalten reagiert. Und da wird sich Deutschland als Vermittler einbringen.</p> <p>[Das tut mir leid, Herr Raab.</p>	<p>WILL: [Dann kommen wir jetzt.</p> <p>RAAB: [Zum Schluss noch was Persönliches. ^ Herr Steinbrück, Sie sagen ja immer, Sie stehen für eine Große Koalition nicht zur Verfügung. Das stürzt mich in ein Dilemma. Nehmen wir einmal an. Ja, hören Sie einmal zu. Nehmen wir an, ich finde Sie gut, ja? Ja, ich mag Typen wie</p>

	<p>Sie und ich wünsche mir eine starke SPD mit einem starken Peer Steinbrück als Vizekanzler und Finanzminister</p>
<p>01:21:30</p> <p>[Ja. Unterstellen wir das mal.</p> <p>Ja, aber das will ich ja nicht werden! Sondern ich</p> <p>[Ja.</p> <p>[Nein! Aber das ist ja zunächst mal ein Beleg dafür, wie sie die augenblickliche Regierung von Frau Merkel einschätzen! Ja moment, ich finde, Erst einmal finde ich das eine tolle Nachricht! Die sagt nämlich, dass die augenblickliche schwarz-gelbe Regierung im Vergleich zur früheren Großen Koalition also</p>	<p>in einer Großen Koalition. Was muss ich da wählen?</p> <p>[Ja, was muss ich dann wählen? Das (uv) Sie vergessen, Herr Steinbrück, dass das ein Wunsch der ^ eines Großteils der deutschen Bevölkerung ist! Missachten Sie da den Wählerwillen?</p> <p>[Ja, aber was heißt das? Was sagen Sie mir?</p> <p>[Ja aber Herr Steinbrück,</p>
<p>01:22:00</p> <p>[Das finde ich, das beflügelt mich! Das finde ich schon einmal gut. Und ich habe für meinen Teil</p> <p>[Nein, Herr Raab</p> <p>[Jetzt wird es interessant!</p> <p>[Naa.</p> <p>Gut. Was den Leuten</p>	<p>vor allem wollen Sie doch, nee, beantworten Sie doch mal meine Frage!</p> <p>Das ist doch keine Haltung, zu sagen, ,Ich will nur gestalten, wenn ich auch King of Kotelett bin! Doch! Oliver Kahn ist auch als Nummer 2 zur WM gefahren, warum? Weil es der Sache dient! Weil es der Sache dient! Und das nötigt den Leuten Respekt ab! Überlegen Sie sich das noch einmal, dann kriegen Sie mich vielleicht sogar auch noch.</p>

	<p>Respekt abgewinnt, ist, wenn jemand Haltung zeigt und eine klare Peilung hat und nicht laviert. Wenn der nicht rumschwafelt. Wenn er nicht für das und das zur Verfügung steht,</p>
<p>01:22:30</p>	<p>sondern klar sagt, was ich will. Ich will Sekt - oder Selter! Entweder ich gewinne das mit einer rot-grünen Bundesregierung oder</p> <p>Na mich, was sonst, ist doch klar! Nach dieser Veranstaltung mich, Herr Raab!</p> <p>Wieso, woher wissen Sie das? Das entscheiden doch die Wählerinnen und Wähler, nicht wir hier!</p> <p>[Woher wissen Sie das? Woher wissen Sie das? Gehören Sie zu denjenigen, die die Kommentare alle schon fertig geschrieben haben (uv) am Sonntagabend?</p>
<p>01:23:00</p>	<p>[Nein, ich stehe für das, was ich gesagt habe, ich bin darin verlässlich. Es gibt von mir einen klaren Text, eine klare Ansage. Die Menschen sollen wissen, Sie, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer sollen wissen, woran Sie mit mir sind.</p> <p>Wenn Sie es sich noch mal überlegen, kann es sein, dass es sich noch einmal ändert!</p> <p>WILL: Frau Merkel, Ihre schärfste Waffe ist, wenn Sie einem Ihrer Minister Ihr ‚vollstes Vertrauen‘ aussprechen, zack, ist der garantiert weg vom Fenster. Sie haben jetzt</p>

		die Möglichkeit, gerne in drei knackigen Sätzen, der FDP noch einmal Ihr vollstes Vertrauen auszusprechen.
	Also, ich möchte gern die christlich-liberale Koalition fortsetzen,	
01:23:30	das ist richtig. Ich ^ finde auch, Herr Steinbrück kann sagen, was er will. Man muss ja niemanden zu was zwingen. Ich möchte auch keine Große Koalition, niemand strebt sie an. Ich finde nur die Begr ^ gründung dafür, dass ^ die SPD keine Große Koalition will, komisch, weil dann immer gesagt wird, ‚das war schlecht für meine Partei‘. – Es geht immer als erstes - um das Land, dann um die Partei und dann um die Person. Und das finde ich beschwerlich, dass Herr Steinbrück offensichtlich sagt,	
01:24:00	‚Mir ist eine Koalition dann richtig und wichtig, wenn sie meiner Partei dient‘. Und ich sage ganz einfach, eine Koalition muss dem Land dienen und das hat die christlich-liberale Koalition besser als die Große Koalition, obwohl die zu gegebener Zeit, damals, in der Wirtschaftskrise, auch gut gearbeitet hat.	Ehrlich gesagt, Ang ^, Frau Merkel, wenn ^ FDP-Menschen die ^ jetzt zugehört haben, ich bin ganz sicher, Sie sollten ‚vollstes Vertrauen‘ aussprechen, wissen die jetzt, dass sie die Sachen packen können, oder?
	Ich habe gesagt, ich möchte diese Koalition fortsetzen.	

01:24:30	<p>Und da es sich unter Journalisten eingebürgert hat, dass man sozusagen die höchste Steigerungsstufe wählen muss, damit man sie auch überzeugt, sage ich: ‚Allervollstes Vertrauen ^ dass ich diese Koalition mit der FDP fortsetzen möchte‘, weil ich glaube, dass sie auch die einzige ist, die zu stabilen Verhältnissen in Deutschland führen kann.</p>	<p>KLOEPPEL: Aber vieles von dem, was Sie sich vorgenommen haben mit den Liberalen in den vergangenen vier Jahren, haben Sie nicht durchgekriegt. Gucken wir uns an Dinge wie eine Rentenreform, Dinge wie eine Mietpreisbremse, Frauenquote. Alles das ist liegengeblieben.</p>
01:25:00	<p>Wir haben nicht besonders erquicklich angefangen und sind jetzt zusammengewachsen. Wir haben in der Sache einfach ^ viele Erfolge gehabt, deshalb habe ich gesagt, ‚die erfolgreichste Regierung‘. Für mich sind Arbeitsplätze sehr wichtig, für mich ist Konsolidierung des Haushaltes wichtig. Wir haben mehr für Forschung und Bildung ausgegeben, 13 Milliarden alleine in dieser Legislaturperiode. Das alles sind Dinge, die Deutschlands Zukunft gestalten</p>	<p>Warum glauben Sie, dass Sie in den nächsten vier Jahren - wie hat Alexander Dobrindt sie genannt? - „Gurkentruppe“ besser regieren als in den vergangenen?</p>
01:25:30	<p>und das ist das, was zählt. Übrigens haben wir auch im Mietbereich bereits ^ etwas beschlossen, nämlich die</p>	

<p>Kappung der Mietanstiege für diejenigen, die in einer Wohnung wohnen. Also, ich bin ganz optimistisch, dass wir die zentralen Probleme Deutschlands gemeinsam weiter lösen werden.</p>	<p>ILLNER: Okay. Wir müssen und wollen darauf achten, dass Peer Steinbrück unbedingt auch noch einmal sagt, warum er nicht eigentlich Kanzler einer rot-rot-grünen Regierung werden möchte. Sie könnten es so einfach haben, Herr Steinbrück, ^</p>
<p>01:26:00</p>	<p>Sie empfinden offensichtlich auch die Linken als die viel größere Gurken-truppe im Vergleich zur FDP und ^ Frau Merkel. Warum schauen Sie lieber Angela Merkel noch weitere vier Jahre beim Regieren zu als zu sagen, ja, da ist eine strukturelle Mehrheit, wir gründen eine rot-rot-grüne Regierung unter meiner Führung'?</p> <p>Sie sind offenbar Wahrsagerin, Frau Illner und wissen das alles schon, wie es ausgeht. Ich halte die Linkspartei nicht für koalitionsfähig. Das kann sich eines Tages ändern, aber sie erscheint mir wie drei Parteien in einer: eine ostdeutsche Linkspartei, [Offene Frage!]</p>
<p>01:26:30</p>	<p>die auch bereit ist, auf kommunaler Ebene und auf Landesebene Verantwortung zu übernehmen, übrigens auch für teilweise unangenehme Entscheidungen, und zweitens eine kommunistische Plattform und drittens eine</p>

	<p>Sektierergruppe aus Westdeutschland, für die offenbar die SPD der ‚Gott sei bei uns‘ ist. Und die teilweise ich früher in Studentenzeiten schon als Sektierer kennengelernt habe in den unterschiedlichsten Splitterparteien, von KPD/ML bis zu anderen Organisationen. Mit denen will ich Deutschland nicht verlässlich regieren, im Außenverhältnis wie auch nach Innen. Das ist teilweise ein Wunschdenken</p>
<p>01:27:00</p>	<p>in der Finanz- und Wirtschaftspolitik und würde die deutsche Reputation als verlässlicher außen- und bündnispolitischer Partner in Europa und darüber hinaus schwächen.</p> <p>ILLNER: Gut, gehen wir davon aus, dass es ^ den Umfragen entsprechend es nicht besonders gut aussieht für die SPD. Das heißt, ^ die Schlussfolgerung wäre dann, wir landen in irgendeiner Koalition, in der Sie definitiv nicht mehr dabei sind, sondern Siegmars Gabriel?</p> <p>Nein. Die Schlussfolgerung lautet, jetzt noch die verbleibenden fast zwanzig Tage zu kämpfen und Wahlkampf zu machen. Und das macht die SPD sehr gut! Wir haben fast zwei Millionen Hausbesuche gemacht.</p> <p>[Mmh. Finden Sie?</p>
<p>01:27:30</p>	<p>Die Veranstaltungen, die ^ ich mitbesuchen darf, die zeigen eine erhebliche Neugier der Menschen. Die wollen ihre politischen Themen, ihre Fragen beantwortet wissen und ich</p>

	<p>versuche, so präzise wie möglich zu sein. Das sind sehr dialogisch gehaltene Veranstaltungen, nicht nur vom hohen Pult her und wir machen diesen Wahlkampf weiter! Ja und dann gucken wir bitte erst auf die zweite und dritte Hochrechnung und haben nicht vorher schon den Eindruck, ‚Alles ist entschieden‘. Ich für meinen Teil Wie bitte?</p>	<p>KLOEPPEL: [Und das heißt auch  Und das heißt auch, dass Sie nicht drei oder vier Tage nach der Wahl auf einem kleinen SPD-Parteitag</p>
01:28:00	<p>Herr Kloeppel, ich bin auf diesen 22. September fixiert und ich bin ins Gelingen orientiert. Und so machen Sie Wahlkampf. Und so mache ich Wahlkampf: mit 200 Prozent von dem, was ich bringen kann.</p> <p>Ich glaube, Sie haben Frau Merkel ziemlich missverstanden. Sie möchte gerne die Liebesheirat mit der FDP fortsetzen.</p>	<p>sich quasi eine wie auch immer geartete Mehrheit holen von der Partei für eine rot-rot-grüne Koalition? Aber dann halt ohne Sie?</p> <p>RAAB: Warum nehmen Sie sich nicht einfach ein Herz und ^ wo Frau Merkel schon so um eine Große Koalition bettelt und sagen ‚Okay‘!</p> <p>Ja, das habe ich verstanden,</p>
01:28:30	<p>[Bei ihr laufen die Scheidungsanwälte in den vier Jahren rauf und runter!</p> <p>[Ja, aber Frau Merkel missinterpretiert werden.</p>	<p>aber sie schließt auch nicht eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit Ihnen aus! Offensichtlich ist da noch ein bisschen was</p>

<p>[Also, ich glaube, man muss nur den. Man muss den Zuschauern nur noch einmal sagen, dass Herr Steinbrück über die Frage, ob es Rot-Rot-Grün gibt, gar nicht mehr entscheiden wird, das werden dann andere in seiner Partei tun.</p>	<p>[Das haben Sie vor vier Jahren schon einmal gesagt! Immer diese Bedrohungen! Das haben Sie vor vier Jahren genauso gesagt! In der Gr, in der Runde mit, mit Herrn Steinmeier. Das ist nichts Neues.</p>	<p>geblieben! So, wir kommen. [Frau, Frau, Frau, Frau Merkel,  So,  Denken Sie noch einmal über meinen Vorschlag nach, ^ könnte eine gute Idee sein.</p>
<p>01:29:00</p>	<p>Jetzt, liebe Wählerinnen und Wähler, haben Sie es in der Hand. Sie allein! Sie allein entscheiden über die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland. Nicht irgendjemand anderes. Sie allein! Nicht Umfragen und nicht Kommentatoren. Ich bin vor 44 Jahren in die SPD eingetreten, weil ich etwas mit zum Aufbruch beitragen wollte. Für ein Land, dass weltoffener,</p>	<p>Wir kommen nun zu den Schlusstatements. Und bitte denken Sie daran, Sie haben beide 1:30 Minuten Zeit. Wenn es geht, bitte nicht überziehen. Es beginnt Herr Steinbrück, bitteschön.</p>
<p>01:29:30</p>	<p>toleranter und chancenreicher ist, nach innen und außen. Friedfertig ist! Das war mein Grund, in die SPD einzutreten. Und ich glaube, dass wir heute wieder einen solchen Aufbruch brauchen. Denn wir haben vier Jahre weitgehenden Stillstand erlebt. Vieles ist liegengeblieben,</p>	

	<p>vieles ist ausgesessen worden. Und wir leben von der Substanz. Und das möchte ich gerne ändern. Dazu bedarf es einer Regierung, die geführt wird. Einer Regierung, die nicht im Kreisverkehr nur verhaftet ist, ohne Richtung und ohne Richtlinien, sondern die handelt.</p>
01:30:00	<p>Deshalb möchte ich mit Ihnen als Kanzler der Bundesrepublik Deutschland dafür Sorge tragen, dass wir zum Besseren uns entwickeln. Ich möchte gerne mit Ihnen dafür Sorge tragen, dass das Sozialgerechte übereinstimmt mit dem ökonomisch Vernünftigen. Das kann uns gelingen: auf dem Arbeitsmarkt, bei den Renten, bei der Sor, bei, bei den Investitionen für Infrastruktur, bei der Kinderbetreuung und auch in und mit Europa. Ich habe mit vielen Bürgerinnen und Bürgern gesprochen in den vergangenen Monaten über meinen Reisen nach Ost, West, Nord, Süd, die mir gesagt haben,</p>
01:30:30	<p>sie wollen eine größere Gemeinwohlorientierung. Die mir gesagt haben, da ist Einiges aus dem Ruder gelaufen. Sie haben eine Sehnsucht nach den eigentlichen Werten der Sozialen Marktwirtschaft: Maß und Mittel, Balance, dass die Steuerzahler nicht die Dummen sind. Dass die Steuerzahler nicht haften für die Finanzzockerei von Banken und ihrer Risikoignoranz. Dafür stehe ich. Sie haben die Chance, - am 22.9. - mit Ihrem Votum für mich und die SPD dafür Sorge zu tragen, dass wir Tatkraft zeigen, für einen neuen Kurs,</p>

01:31:00	<p>mit dem Deutschland nicht nur besser, sondern auch anders regiert wird. Mein Plan von Deutschland ist: Gerechter, weil stärker. Meine Vorstellung von Deutschland ist: wir wollen gerechter sein und gleichzeitig auch diese Gesellschaft zusammenhalten. Wir wollen mehr ‚Wir‘, weniger als ‚Ich‘. Das ist mein Plan von Deutschland und dafür werbe ich um Ihre Unterstützung am 22.9.</p>	<p>KLOEPPEL: Herr Steinbrück, das war Ihr Schlusstatement. Frau Bundeskanzlerin, Sie haben auch die Chance jetzt, 90 Sekunden noch einmal das zu sagen,</p>
01:31:30	[Liebe ^	was Sie sagen wollten.
01:31:30	<p>Mitbürgerinnen und Mitbürger, wir haben die Argumente heute Abend ausgetauscht und jetzt sind Sie dran und können wählen. Sie kennen mich und Sie wissen, was ich anpacken möchte und wie ich das mache. Und wir hatten vier gute Jahre für Deutschland und ich möchte, dass auch die nächsten Jahre gute Jahre werden. Wir können das nur gemeinsam schaffen, erfolgreich zu sein. Ich möchte, dass wir - eine starke Wirtschaft haben. Ich möchte, dass wir gute Arbeit haben. Ich möchte, dass wir mehr Bildung haben.</p>	
01:32:00	<p>Und ich möchte neue Ideen. Gewiss möchte ich nicht höhere Steuern und neue Belastungen. Ich möchte ein Deutschland, das - als - größte Volkswirtschaft Europas sich dafür einsetzt, Mittler und Partner zu sein. Gerade jetzt, in Zeiten der Krise. Ich möchte ein Deutschland, dass - sich die Stärkeren den Schwächeren</p>	

	helfen, dass diejenigen, die etwas leisten,
01:32:30	<p>auch wirklich belohnt werden und dass wir unseren Kindern die besten Chancen bieten. Wenn Sie möchten, dass ich auch weiter als Ihre Bundeskanzlerin arbeiten kann, dann bitte ich Sie um Ihre Unterstützung und um Ihre beiden Stimmen für die - CDU. Wir können das alles nur gemeinsam schaffen. Und jetzt wünsche ich Ihnen einen schönen Abend.</p> <p>WILL: Danke, Frau Merkel, danke, Peer Steinbrück. ‚Schönen Abend‘ wollte ich auch noch wünschen.</p> <p>ILLNER: [Wir auch.</p> <p>KLOEPEL: [Ja.</p> <p>WILL: Wollte sagen, dass eine letzte Frage ^</p>
01:33:00	<p>noch übrig geblieben ist und die geht an Sie: Wen von beiden fanden Sie jetzt heute Abend überzeugender und wer hat Sie möglicherweise sogar so sehr überzeugt, dass Sie es im Grunde genommen gar nicht mehr abwarten können, dass der 22. September ist und Sie wählen gehen können? Sind nur noch drei Wochen. Auf Wiedersehen.</p>